

# Beteiligungsbericht 2011





## Beteiligungsbericht 2011

Inhalt	Seite
A. Allgemeiner Teil	
1. Rechtliche Grundlagen	4
2. Vorbemerkungen	4
3. Begriffsdefinitionen	5
4. Erläuterung ausgewählter Kennzahlen	5
5. Übersicht über die Eigenbetriebe, Beteiligungsunternehmen und Zweckverbandsbeteiligungen des Landkreises Calw	8
6. Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Calw an Unternehmen in privater Rechtsform	9
7. Ausgewählte Unternehmensdaten 2010	10
B. Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform	
I. Wesentliche Beteiligungen	
1. Unmittelbare Beteiligungen mit mindestens 25%	
1.1 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft Landkreis Calw GmbH	12
1.2 Kreiskliniken Calw gGmbH	20
1.3 Klinikverbund Südwest GmbH	31
2. Mittelbare Beteiligungen über 50%	
2.1 Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH (USN)	44
II. Weitere Beteiligungen (unmittelbare Beteiligungen unter 25%)	
1. Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH (WFG)	50
2. SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH	56
3. Schwarzwald Tourismus GmbH (STG)	60
4. Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH (GWW)	67
5. Neurologisches Rehabilitationszentrum Quellenhof in Bad Wildbad GmbH	88
C. Anhang	
Feedback-Bogen	95

## A. Allgemeiner Teil

### 1. Rechtliche Grundlagen

Seit Inkrafttreten der Neuregelungen des Gesetzes zur Änderung gemeindefinanzrechtlicher Vorschriften und anderer Gesetze vom 19.07.1999 ist der Landkreis Calw verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht nach § 105 Abs. 2 der Gemeindeordnung i. V. m. § 48 der Landkreisordnung zu erstellen.

Mit Hilfe des Beteiligungsberichtes soll gegenüber dem Kreistag und der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Entwicklung der Unternehmen in Privatrechtsform, an denen der Landkreis Calw unmittelbar oder mit mehr als 50 v. H. mittelbar beteiligt ist, abgelegt und eine transparente Darstellung über die ausgegliederte Aufgabenerfüllung ermöglicht werden.

Der Beteiligungsbericht hat für jede Beteiligung in einer Rechtsform des privaten Rechts folgende Angaben zu enthalten:

- den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
- den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
- die Grundzüge des Geschäftsverlaufs des letzten Geschäftsjahres, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen sowie die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Vergleich mit den Vorjahreswerten,
- die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe (Ausnahme nach § 286 Abs. 4 HGB: auf die Angabe der Bezüge kann verzichtet werden, wenn aus diesen Angaben auf die Bezüge einzelner Personen geschlossen werden kann).

Bei unmittelbaren Beteiligungen unter 25 v. H. kann die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks beschränkt werden. Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekanntzumachen.

### 2. Vorbemerkungen

- Der Bericht wurde zum Stichtag 31.12.2010 erstellt.
- Bezugsgrößen sind die Jahresabschlüsse, Geschäfts- und Prüfungsberichte des Geschäftsjahres 2010.
- Ausführliche Erläuterungen und Begriffsdefinitionen befinden sich in den folgenden Kapiteln.
- Die Beteiligung des Landkreises an der Klinikverbund Südwest GmbH wurde entsprechend der Stimmrechtsverteilung im Aufsichtsrat den wesentlichen Beteiligungen zugeordnet (Änderung gegenüber dem Vorjahr; im Beteiligungsbericht 2010 wurde die Klinikverbund Südwest GmbH nach den Anteilen am Stammkapital als weitere Beteiligung geführt).

- Bei der Darstellung der Grundzüge des Geschäftsverlaufs der Beteiligungsgesellschaften werden in den Gewinn- und Verlustrechnungen die Erträge einheitlich mit positivem, die Aufwendungen mit negativem Vorzeichen angegeben (Änderung gegenüber dem Vorjahr).
- Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (EUR, TEUR, %) auftreten.

### 3. Begriffsdefinitionen

#### Wesentliche Beteiligungen

Hierbei handelt es sich um Unternehmen des privaten Rechts, an denen der Landkreis Calw unmittelbar mit mindestens 25 % oder mittelbar mit mehr als 50 % beteiligt ist. Nach § 105 Abs. 2 GemO sind diese Beteiligungen im jährlichen Beteiligungsbericht umfassend darzustellen, wobei der Mindestinhalt der Darstellung genau definiert ist. Aus der Tatsache, dass der Gesetzgeber für diese Beteiligungen die umfassende Darstellung fordert, kann abgeleitet werden, dass er sie für wesentlich hält.

#### Weitere Beteiligungen

Hierunter fallen alle sonstigen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen.

Gemäß § 105 Abs. 2 letzter Satz GemO muss für die unmittelbaren Beteiligungen mit bis zu 25% im Beteiligungsbericht lediglich der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks dargestellt werden.

Für die mittelbaren Beteiligungen mit bis zu 50% besteht keine Berichtspflicht. Die wichtigsten Daten dieser Unternehmen werden in der Übersicht „Ausgewählte Unternehmensdaten“ dargestellt.

### 4. Erläuterung ausgewählter Kennzahlen

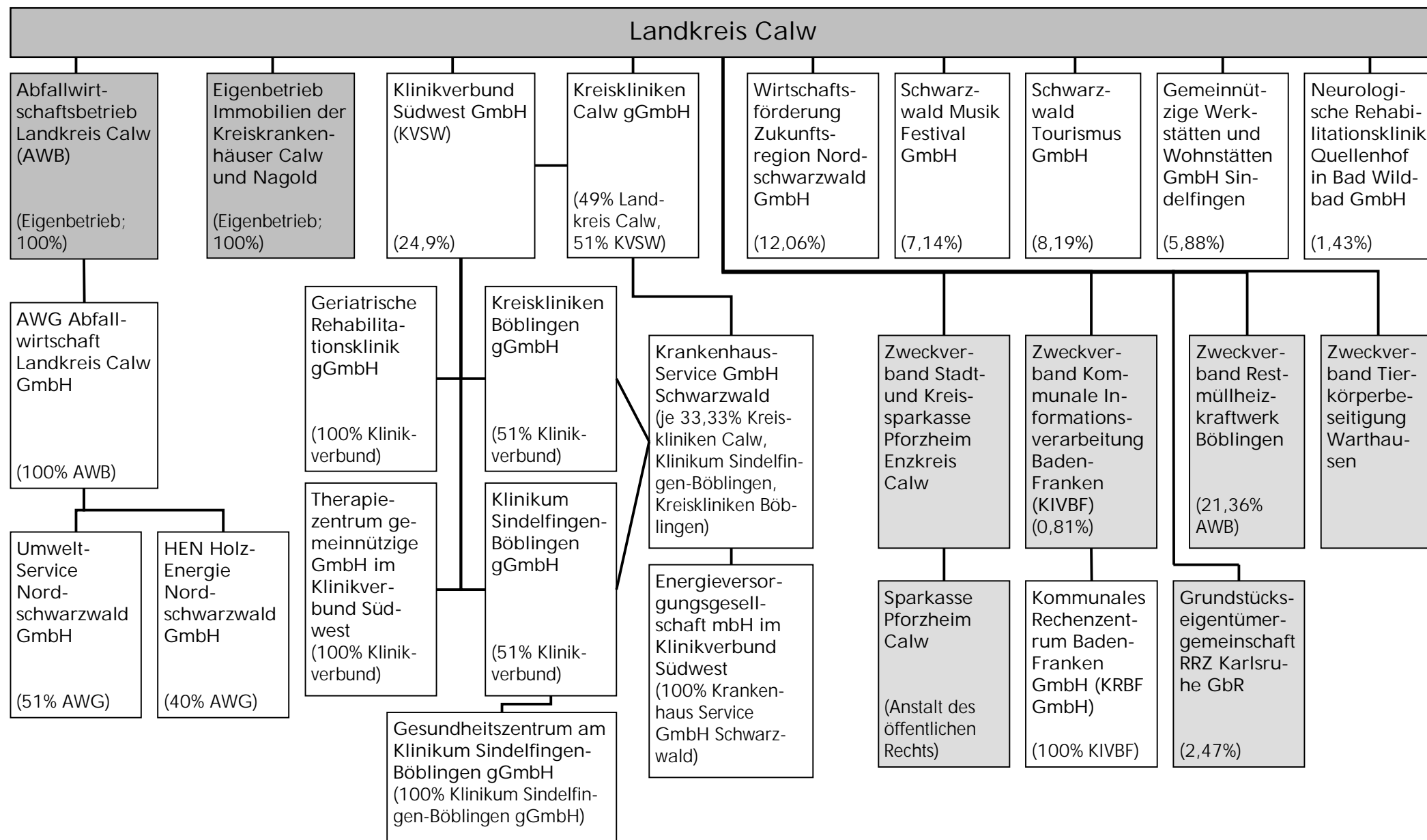
Die wichtigsten Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden für die Beteiligungsunternehmen einheitlich ausgewiesen. Um die Interpretation und den Vergleich dieser Zahlen zu erleichtern, werden die wichtigsten Kennzahlen im Folgenden erläutert:

Anlagenintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$	Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen (Bilanzsumme). Unternehmen mit hoher Anlagenintensität haben oft auch einen kostenintensiven Betrieb mit hohen Fixkostenanteilen (hohe Unterhaltungs- und kalkulatorische Kosten).
-------------------	--	---

Investitionsquote	$\frac{\text{Investitionen} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	Prozentualer Anteil der Investitionen am gesamten Anlagevermögen.
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$	Zeigt den Eigenfinanzierungsanteil am Gesamtkapital an und spiegelt den Grad der finanziellen Unabhängigkeit des Unternehmens wieder. Eine hohe Eigenkapitalquote gilt als wichtiger Indikator für die Bonität eines Unternehmens.
Anlagendeckung	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	Der Anlagendeckungsgrad drückt aus, inwieweit das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt ist.
Bankenverschuldung	$\frac{\text{Bankdarlehen} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$	Prozentualer Anteil der Bankdarlehensschulden am Gesamtkapital.
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$	Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen. Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatztätigkeit. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Beurteilung der Ertragskraft eines Unternehmens.
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$	Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital. Die Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Investitionen} \times 100}{\text{Abschreibungen}}$	Die Reinvestitionsquote gibt an, in welchem Maß Wertabschreibungen durch Investitionen in Sachanlagen ausgeglichen werden. Bei einem Wert über 100 hat sich das Anlagevermögen durch Neuinvestitionen erhöht.

Cash Flow	Jahresergebnis + nicht auszahlungs- wirksame Aufwendun- gen (Abschreibungen, Zuführung zu Rückstellungen) - nicht auszahlungs- wirksame Erträge (Zuschreibungen, Auflösung von Rückstellungen)	Der Cash Flow gibt an, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für Investitionen, Schuldentilgungen und Gewinnausschüttungen zur Verfügung stehen (Finanzmittelüberschuss).
Personalkosten- intensität	$\frac{\text{Personalkosten} \times 100}{\text{Gesamtaufwand}}$	Anteil der Personalkosten am Gesamtaufwand. Damit wird ausgedrückt, wie intensiv die Unternehmenstätigkeit vom Personaleinsatz geprägt ist.

5. Übersicht Eigenbetriebe, Beteiligungsunternehmen und Zweckverbandsbeteiligungen (Stand: 31.12.2010)





## 6. Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Calw an Unternehmen in privater Rechtsform

### Unmittelbare Beteiligungen

Gesellschaft	Stammkapital EUR	Anteil des Landkreises am Stammkapital
AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH, Nagold	200.000	100,00%
Kreiskliniken Calw gGmbH, Calw	1.500.000	49,00%
Klinikverbund Südwest GmbH, Böblingen	500.000	24,90%
Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH, Pforzheim	91.200	12,06%
SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH, Freudenstadt	52.500	7,14%
Schwarzwald Tourismus GmbH, Freiburg	101.400	8,19%
Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH, Sindelfingen	15.300.000	5,88%
Neurologisches Rehabilitationszentrum Quellenhof in Bad Wildbad GmbH, Bad Wildbad	1.080.000	1,43%

### Mittelbare Beteiligungen

Gesellschaft	Geschäftsanteil	
	Höhe	gehalten von
Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH, Nagold	51,00%	AWG
HEN HolzEnergie Nordschwarzwald GmbH, Nagold	40,00%	AWG
Kreiskliniken Böblingen gGmbH, Böblingen	51,00%	Klinikverbund Südwest
Klinikum Sindelfingen-Böblingen gGmbH, Sindelfingen	51,00%	Klinikverbund Südwest
Geriatrische Rehabilitationsklinik gGmbH, Böblingen	100,00%	Klinikverbund Südwest
Therapiezentrum gemeinnützige GmbH im Klinikverbund Südwest, Sindelfingen	100,00%	Klinikverbund Südwest
Gesundheitszentrum am Klinikum Sindelfingen-Böblingen gemeinnützige GmbH, Sindelfingen	100,00%	Klinikum Sindelfingen-Böblingen
Krankenhaus-Service GmbH Schwarzwald, Nagold	33,33%	Kreiskliniken Calw
Energieversorgungsgesellschaft mbH im Klinikverbund Südwest, Nagold	100,00%	Krankenhaus-Service GmbH

## 7. Ausgewählte Unternehmensdaten 2010

Unternehmen	Bilanz- summe	Anlage- vermögen	Eigen- kapital	Verbind- lichkeiten	Umsatz- erlöse	Jahresüber- schuss/- fehlbetrag	Arbeit- nehmer	Zahlungen aus dem Kreishaus- halt	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	Anzahl	EUR	
<b>Eigenbetriebe</b>									(1)
Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Calw	54.171.909	932.827	3.235.820	226.797	17.095.805	3.235.820	29		
Immobilien der Krankenhäuser Calw und Nagold	53.043.630	49.716.634	15.038.322	13.227.530	0	-1.505.765	0	1.759.024	(2)
Summe Eigenbetriebe	107.215.540	50.649.461	18.274.142	13.454.327	17.095.805	1.730.056	29		
<b>Unmittelbare Beteiligungen</b>									
AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH, Nagold	4.650.549	3.000.098	2.036.302	2.466.916	8.586.419	242.746	108		
Kreiskliniken Calw gGmbH, Calw	32.320.564	15.930.932	4.903.394	13.144.819	56.090.266	-562.869	565	221.649	(3)
Klinikverbund Südwest GmbH, Böblingen	8.099.728	5.187.052	4.875.464	2.957.040	4.560.091	45	17		
Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH, Pforzheim	270.179	13.987	252.082	3.193	676.067	-15.128	4	96.000	(4)
SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH, Freudenstadt	77.886	349	-57.204	65.736	186.110	1.506	k.A.	2.556	(5)
Schwarzwald Tourismus GmbH, Freiburg	918.934	102.616	276.851	538.440	3.055.413	98.100	29	132.982	(6)
Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH, Sindelfingen	50.464.071	36.742.130	32.960.122	5.600.419	67.854.283	946.387	662		
Neurologisches Rehabilitationszentrum Quellenhof in Bad Wildbad GmbH, Bad Wildbad	3.407.019	701.343	2.784.257	168.031	8.170.484	51.251	128		
Summe unmittelbare Beteiligungen	100.208.929	61.678.507	48.031.268	24.944.594	149.179.132	762.039	1.513		
<b>Mittelbare Beteiligungen</b>									
Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH, Nagold	4.274.196	1.971.904	3.277.610	860.142	7.565.874	452.023	11		
HEN HolzEnergie Nordschwarzwald GmbH, Nagold	1.842.244	1.595.507	127.478	1.673.045	745.503	-223.296	2		

Unternehmen	Bilanz- summe	Anlage- vermögen	Eigen- kapital	Verbind- lich- keiten	Umsatz- erlöse	Jahresüber- schuss/- fehlbetrag	Arbeit- nehmer	Zahlungen aus dem Kreishaus- halt
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	Anzahl	EUR
Kreiskliniken Böblingen gGmbH, Böblingen	42.561.421	18.930.681	10.180.095	14.035.729	56.111.381	-1.894.895	560	
Klinikum Sindelfingen-Böblingen gGmbH, Sindelfingen	98.848.665	45.766.566	18.595.944	55.770.200	119.078.713	-863.451	1.294	
Geriatrische Rehabilitationsklinik gGmbH, Böblingen	1.355.445	65.672	-338.064	1.229.598	3.264.482	0	42	
Therapiezentrum gemeinnützige GmbH im Klinikverbund Südwest, Sindelfingen	509.315	11.977	336.054	69.605	4.210.645	3.196	47	
Gesundheitszentrum am Klinikum Sindelfin- gen-Böblingen gemeinnützige GmbH, Sindelfingen	1.697.224	213.917	143.932	1.436.600	2.787.416	87.075	19	
Krankenhaus-Service GmbH Schwarzwald, Nagold	15.128.577	13.088.949	-289.150	14.616.249	18.819.778	249.484	312	
Energieversorgungsgesellschaft mbH im Klinikverbund Südwest, Nagold	2.585.188	0	174.121	1.924.817	5.450.243	149.544	0	

(1) Die Jahresabschlüsse 2010 der Eigenbetriebe werden dem Kreistag im Dezember 2011 zur Feststellung vorgelegt.

(2) Zuweisungen an den Eigenbetrieb Immobilien der Krankenhäuser:

Zinsen Altkredite	601.059,98
Tilgung Altkredite	1.157.963,78
gesamt	<u>1.759.023,76</u>

(3) Zuweisungen an die Kreiskliniken Calw gGmbH:

Zinsen Altkredite	78.315,20
Tilgung Altkredite	143.333,40
gesamt	<u>221.648,60</u>

(4) Anzahl Arbeitnehmer einschl. Personalgestellung; Zahlung aus dem Kreishaushalt: Gesellschafterumlage.

(5) Zuschuss Schwarzwald Musikfestival 2010.

(6) Defizitausgleich 2010.

## B. Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform

### I. Wesentliche Beteiligungen

#### 1. Unmittelbare Beteiligungen mit mindestens 25%

##### 1.1 AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH

###### Allgemeine Angaben

AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH  
Gäuallee 5  
72202 Nagold

Tel.: 0 74 52 - 60 06-70 72  
Fax: 0 74 52 - 60 06-77 77  
Email: [kontakt@awg-info.de](mailto:kontakt@awg-info.de)  
Homepage: [www.awg-info.de](http://www.awg-info.de)

###### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Abholung, die Annahme, der Transport, die Be- und Verarbeitung sowie die Verwertung von Abfällen und Abfallstoffen jeglicher Art und jeglicher Herkunft sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte und Dienstleistungen.

Für Leistungen in Zusammenhang mit Abfällen aus privaten Haushaltungen werden die vorstehenden Unternehmensgegenstände im Auftrag des Landkreises Calw erfüllt.

###### Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Landkreis Calw	200.000	100,00

Die Beteiligung an der AWG wird im Abfallwirtschaftsbetrieb gehalten.

###### Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat	Hans-Werner Köblitz, Landrat Helmut Riegger, Landrat Arnold Tölg, Landtagsabgeordneter a. D. Heinz Urbschat, Konrektor i. R. Beate Fauser, Kauffrau, Mitglied des Landtags Wolfgang Klasen, Bezirksschornsteinfegermeister Wolfgang Schlumberger, Foto-Drogist Jürgen Großmann, Oberbürgermeister Martin Blaich, Landwirt Thomas Gischer, Industriekaufmann Andreas Hölzlberger, Bürgermeister Karlheinz Kistner, Bürgermeister Wolfgang Krieg, Bürgermeister Siegfried Luz, Bürgermeister a. D. Michael Theis, Dipl.-Ing. Landschaftsökologie Thomas Zizmann, Bezirksschornsteinfegermeister	Vorsitzender (bis 31.01.2010) Vorsitzender (ab 01.02.2010)
Geschäfts- führer	Dr. Manfred Kriek, Dipl. Chemiker	

## Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält Beteiligungen an folgenden Unternehmen:

Gesellschaft	Anteil AWG
Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH, Nagold	51%
HEN HolzEnergie Nordschwarzwald GmbH, Nagold	40%

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck beinhaltet die Leistungen im Zusammenhang mit Abfällen aus privaten Haushaltungen im Auftrag des Landkreises Calw. Dieser Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaftsgesellschaft erfüllt.

## Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
<b>A K T I V A</b>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	55.247	26.884	30.840	21.679
Sachanlagen	2.893.850	3.070.237	3.339.409	3.606.342
Finanzanlagen	51.001	195.000	151.000	151.000
Anlagevermögen	3.000.098	3.292.121	3.521.249	3.779.021
Vorräte	166.803	198.518	150.989	175.314
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	831.146	627.287	797.960	638.441
Flüssige Mittel	651.663	804.508	1.043.389	1.042.316
Umlaufvermögen	1.649.612	1.630.313	1.992.337	1.856.071
Rechnungsabgrenzungsposten	840	622	380	500
<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.650.549</b>	<b>4.923.056</b>	<b>5.513.966</b>	<b>5.635.592</b>
<b>P A S S I V A</b>				
Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000	200.000
Kapitalrücklagen	0	0	0	0
Gewinnvortrag	1.593.556	1.425.054	1.074.941	741.487
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	242.746	268.502	350.113	333.454
Eigenkapital	2.036.302	1.893.556	1.625.054	1.274.941
Rückstellungen	147.330	349.783	341.338	385.934
Verbindlichkeiten	2.466.916	2.679.717	3.547.574	3.974.717
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.650.549</b>	<b>4.923.056</b>	<b>5.513.966</b>	<b>5.635.592</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Umsatzerlöse	8.586.419	8.891.665	8.596.413	8.054.526
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen	-23.214	45.553	27.046	-78.730
Sonstige betriebliche Erträge	2.660.212	3.369.267	2.326.529	3.011.034
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>11.223.417</b>	<b>12.306.484</b>	<b>10.949.988</b>	<b>10.986.829</b>
Materialaufwand	-7.120.742	-7.658.942	-7.005.922	-6.156.516
Personalaufwand	-1.444.464	-1.336.249	-1.209.430	-1.239.396
Abschreibungen	-402.545	-495.437	-491.739	-571.626
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.023.735	-2.822.186	-1.910.350	-2.693.880
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<b>-10.991.486</b>	<b>-12.312.815</b>	<b>-10.617.441</b>	<b>-10.661.419</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>231.931</b>	<b>-6.330</b>	<b>332.547</b>	<b>325.410</b>
Erträge aus Beteiligungen	231.729	292.230	115.770	150.516
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47.899	67.733	99.859	115.724
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-56.978	-75.806	-98.177	-131.216
<b>Finanzergebnis</b>	<b>222.650</b>	<b>284.157</b>	<b>117.452</b>	<b>135.024</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>454.582</b>	<b>277.827</b>	<b>449.999</b>	<b>460.434</b>
Außerordentliche Aufwendungen	-143.999			
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-143.999</b>			
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-58.072	0	-90.736	-118.502
Sonstige Steuern	-9.764	-9.325	-9.150	-8.478
<b>Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag</b>	<b>242.746</b>	<b>268.502</b>	<b>350.113</b>	<b>333.454</b>

## Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2010	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	64,51%	66,87%	63,86%	67,06%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	10,02%	8,16%	6,65%	4,64%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	43,79%	38,46%	29,47%	22,62%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	67,87%	57,52%	46,15%	33,74%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	2,83%	3,02%	4,07%	4,14%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	11,92%	14,18%	21,54%	26,15%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	55,03%	54,21%	47,60%	30,68%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	586.837 EUR	772.384 EUR	797.255 EUR	972.650 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	13,14%	10,85%	11,39%	11,63%

## Lagebericht der AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH

### A 1 Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Erholung der Gesamtwirtschaft, die zum Ende des Jahres 2009 einsetzte, hatte mit einer üblichen Zeitverzögerung zu Beginn des Berichtsjahres 2010 auch die Abfall- und Wertstoffbranche erreicht.

Aus dieser positiven Entwicklung heraus haben sich ebenfalls die Vermarktungserlöse für die Wertstoffe Altpapier, Altmetalle und Kunststoffe recht schnell erholt und wieder auf ein höheres Niveau eingestellt. Dieser positive Trend setzte sich über das gesamte Jahr 2010 fort. Das im besonderen Focus stehende Geschäftsfeld Hackschnitzel konnte sich auf Grund von Mengen und Preissteigerungen über den Planansatz hinaus entwickeln. Hier wurden zum ersten Mal rund 38.000 Sm<sup>3</sup> Hackschnitzel produziert und vermarktet.

### 2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatzeinbrüche konnten durch die zunehmende Erholung der Marktpreise im Wertstoffbereich gebremst werden. Zum Jahresende setzte aber auch hier eine gewisse Stagnation auf höherem Niveau ein. Die hohen Vermarktungspreise, insbesondere beim Schrott, führten dazu, dass die Belieferungsmengen der Wertstoffhöfe rückläufig waren. Sollte sich dieser Trend verstärken, muss durch Öffentlichkeitsarbeit darauf hin-



gewiesen werden, dass die rückläufigen Wertstoff Erlöse aus Haushaltungen sich negativ auf die Gebührenentwicklung auswirken werden.

### 3 Investitionen

Insgesamt wurden Investitionen von 301 T€ im Wirtschaftsjahr 2010 getätigt. Diese konnten aus dem laufenden cash-flow sowie der freien Liquidität finanziert werden. Investitionsvorhaben, wie die Modernisierung des Kassenwesens bzw. die Erweiterung der Deponiekapazitäten Walddorf, wurden verschoben bzw. mit anderen Investitionsvorhaben zusammengefasst. Hierzu ist insbesondere die Koppelung der Erneuerung des Kassenwesens mit der Einführung eines neuen EDV-Systems bzw. die Umsetzung des elektronischen Nachweisverfahrens zu nennen.

Durch diese synergistische Umsetzung und durch die gleichzeitige Erweiterung des Leistungsspektrums bzw. Vereinfachung des Rechnungsstellungsaufwandes konnte die Summe der Investitionen gemindert werden.

Durch eine ökonomischere Bewirtschaftung konnte das Deponievolumen in Übereinstimmung mit dem Regierungspräsidium vergrößert werden und damit die ursprünglich geplante Investition auf das Jahr 2011 verschoben werden.

### 4 Personal- und Sozialbereich

Die Personalkosten nahmen um den Betrag von 108 T€ im Vergleich zum Vorjahr zu. Dies ist im Wesentlichen auf Tarifierhöhungen zurückzuführen. Der im Vorjahr mit einer Befristung für den Aufbau des Hackschnitzelgeschäftes eingestellte Mitarbeiter konnte mit Zustimmung des Aufsichtsrates auf Dauer für diesen durchaus erfolgreichen Bereich gewonnen werden. Die AWG beschäftigte im Berichtsjahr neben Aushilfen 26 Mitarbeiter. Davon waren 16 Vollzeitkräfte und 10 Teilzeitkräfte. Der Personalaufwand blieb insgesamt unter dem Planansatz.

### 5 Umweltschutz

Das Berichts-/Dokumentationswesen im Bereich der Deponien wurde maßgeblich weiterentwickelt. Hier ist festzuhalten, dass hinsichtlich der potenziellen Emissionen, wie Sickerwasserqualität/-quantität, Gasbildungsrate und Geruchsemissionen ein umfassendes Dokumentations- und Kontrollinstrument geschaffen wurde.

## B Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die zu Beginn des Geschäftsjahres stark verfallenen Verwertungserlöse, haben sich im laufenden Jahr erholt.

Bei den unverholzten Grünabfällen wurden ebenfalls Defizite aufgrund der Freimengen, die kostenlos abgeliefert werden können, erwirtschaftet.

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Jahresüberschuss von 243 T€. Aus dem Ergebnis entfällt ein Betrag von 232 T€ auf die Ausschüttung der Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH.

Die Beteiligung der HEN HolzEnergie Nordschwarzwald GmbH in Höhe von 144 T€ wurde auf 1 € abgewertet.

Die Gesellschaft ist liquide. Negative Sondereinflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind, soweit sie nicht erwähnt wurden, nicht zu erwarten.

## C 1 Risikobericht

Der Erfolgsplan 2011 schließt bei vorsichtiger Einschätzung der Ertragslage mit einem Jahresergebnis von T€ 22. Darin enthalten sind Beteiligungserträge von 255 T€. Die aktuellen Buchhaltungszahlen im Zeitpunkt der Berichterstattung weisen auf eine positive Ertragslage des laufenden Geschäftsjahres hin, so dass wir davon ausgehen, dass die Umsatz- und Ertragslage der AWG im Geschäftsjahr 2011 stabil bleibt und das Planergebnis deutlich übertroffen werden kann. Wirtschaftlich erkennbare Risiken, wie z. Bsp. Mengen- und Preisrückgänge, werden soweit wie möglich durch Maßnahmen gegengesteuert. Andere Risiken, wie das am 3. Juli 2010 eingetretene Brandereignis auf der Deponie Walddorf, sind nicht einschätzbar. Hier konnte trotz aller vorhergehenden Sicherheitsmaßnahmen wie Feuerschneisen, täglicher Umschlag und in Augenscheinnahme des Restmülls nicht verhindert werden, dass ein Brandschaden eintrat. Hier wurde und werden sowohl aktive als auch passive Maßnahmen zur Brandfrüherkennung und Bekämpfung ergriffen.

## C 2 Prognosebericht

Die weitere Erholung der Vermarktungserlöse, gekoppelt mit einem Mengensicherungskonzept, wird zur Stabilisierung der Umsatzerlöse beitragen.

Eine neue Dienstleistung, die kostenpflichtige aber freiwillige Erfassung von Gartenabfällen, wird im Jahr 2011 eingeführt. Das stagnierende und rückläufige Abfall- und Wertstofflösgeschäft soll durch neue Geschäftsfelder wie Klärschlammbehandlung für kommunale Kläranlagen und das zunehmend stärker werdende Hackschnitzelgeschäft kompensiert werden.

## D Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht zu erkennen.

Nagold, den 14.06.2011  
(gez.)  
Dr. Manfred Kriek  
Geschäftsführer

## Kapitalzuführungen/-entnahmen durch den Landkreis

Kapitalzuführungen bzw. -entnahmen durch den Landkreis Calw wurden nicht vorgenommen.

## Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2010	2009	2008
Angestellte	19	18	15
Arbeiter	7	8	8
Aushilfen	82	84	82
Arbeitnehmer insgesamt	108	110	105

## Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR
Geschäftsführung (Angaben unterbleiben gem. § 286 Abs. 4 HGB)	k. A.	k. A.	k. A.
Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und Aufwandsent- schädigung)	0,00	0,00	208,80

## 1.2 Kreiskliniken Calw gGmbH

### Allgemeine Angaben

Betriebsstätten des Kreisklinikums Calw-Nagold:

Kliniken Calw	Kliniken Nagold
Eduard-Conz-Str. 6	Röntgenstr. 20
75365 Calw	72202 Nagold

Tel. 07051 14-0

Tel. 07452 96-1

Homepage: [www.klinikverbund-suedwest.de](http://www.klinikverbund-suedwest.de)

### Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Er wird insbesondere durch bedarfsgerechte ambulante, vor-, nach-, teil- und vollstationäre Versorgung der Bevölkerung des Landkreises mit leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhäusern sowie die Gewährleistung einer medizinisch zweckmäßigen und ausreichenden Versorgung der in diesen Krankenhäusern behandelten Patienten verwirklicht.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Kreiskrankenhäuser im Landkreis Calw.

### Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.500.000 EUR.

Die Stammeinlagen werden gehalten von:

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Landkreis Calw	735.000	49,00
Klinikverbund Südwest GmbH, Böblingen	765.000	51,00
Summe	1.500.000	100,00

### Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat	Hans-Werner Köblitz, Landrat	Vorsitzender (bis 31.01.2010)
	Helmut Riegger, Landrat	Vorsitzender (ab 01.02.2010)
	Manfred Dunst, Oberbürgermeister	Stv. Vorsitzender
	Sven Armbruster, Betriebsratsvorsitzender Krankenhaus Calw	
	Albert Braun, Geschäftsführer	
	Herbert Dietel, Betriebsratsvorsitzender Kreiskrankenhaus Nagold	
	Helmut Hauser, Freier Architekt	
	Christiane Hiller-Schmid, Ärztin	
	Ulrich Kallfass, Wirtschaftsprüfer	
	Dieter Kömpf, Baustoffhändler	
	Dr. Thomas Lang, Allgemeinarzt	
	Dr. Ursula Uppers, Allgemeinärztin	
	Dr. Bernd Walz, Arzt für Allgemeinmedizin	
	Dr. Otakar Zoufaly, Allgemeinarzt	
	Johannes Arnold, Erster Bürgermeister	
Dieter Dannenmann, Kriminalbeamter		
Erich Griebhaber, Sonderschullehrer		
Jürgen Großmann, Oberbürgermeister		
Geschäftsführer	Dr. med. Gunther K. Weiß, M. Sc.	

## Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft war am Bilanzstichtag an der Krankenhaus-Service GmbH Schwarzwald, Nagold, zu einem Drittel beteiligt.

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Kreiskliniken Calw gGmbH erfüllt.

## Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
<b>A K T I V A</b>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	94.159	83.375	136.608	268.245
Sachanlagen	15.819.639	11.473.888	8.151.841	7.678.763
Finanzanlagen	16.733	16.733	16.733	16.733
Anlagevermögen	15.930.532	11.573.996	8.305.182	7.963.741
Vorräte	1.974.950	1.779.199	1.700.443	2.003.674
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.411.775	12.092.970	11.041.648	15.774.813
Flüssige Mittel	3.307	4.398	1.835.654	3.149.571
Umlaufvermögen	16.390.032	13.876.568	14.577.745	20.928.058
Rechnungsabgrenzungsposten	0	3.447	206.600	12.000
<b>Bilanzsumme</b>	<b>32.320.564</b>	<b>25.454.011</b>	<b>23.089.528</b>	<b>28.903.799</b>
<b>P A S S I V A</b>				
Gezeichnetes Kapital	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000
Kapitalrücklagen	3.878.539	3.735.205	3.268.033	2.492.739
Gewinnvortrag	87.724	56.215	54.538	
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-562.869	31.509	1.677	54.538
Eigenkapital	4.903.394	5.322.929	4.824.248	4.047.278
Sonderposten	7.052.372	2.973.076	3.102.495	3.070.594
Rückstellungen	7.208.577	6.665.876	7.194.070	6.064.789
Verbindlichkeiten	13.144.819	10.476.039	7.948.342	15.719.664
Rechnungsabgrenzungsposten	11.401	16.091	20.372	1.475
<b>Bilanzsumme</b>	<b>32.320.564</b>	<b>25.454.011</b>	<b>23.089.528</b>	<b>28.903.799</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Erlöse aus Krankenhausleistungen	51.030.981	49.338.469	45.068.932	44.243.440
Erlöse aus Wahlleistungen	754.878	617.017	785.361	804.394
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.870.183	1.671.800	1.638.501	1.304.171
Nutzungsentgelte der Ärzte	2.434.224	2.044.391	2.002.292	2.062.151
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	112.209	84.792	-144.995	210.535
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht zur Finanzierung von Investitionen	1.445.311	730.466	79.290	628.298
Sonstige betriebliche Erträge	11.986.915	9.567.491	9.955.220	7.420.532
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>69.634.702</b>	<b>64.054.425</b>	<b>59.384.601</b>	<b>56.673.520</b>
Personalaufwand	-37.214.019	-34.096.180	-32.080.274	-32.252.595
Materialaufwand	-17.229.204	-18.486.556	-12.992.601	-12.345.751
<b>Zwischensumme</b>	<b>-54.443.223</b>	<b>-52.582.736</b>	<b>-45.072.875</b>	<b>-44.598.346</b>
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>15.191.478</b>	<b>11.471.689</b>	<b>14.311.726</b>	<b>12.075.174</b>
Erträge aus Zuwendungen zur Finan- zierung von Investitionen	4.453.253	1.152.538	1.216.499	1.167.386
Erträge aus der Auflösung von Son- derposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG	1.143.727	1.027.733	1.051.834	1.114.693
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG	-5.228.488	-1.126.519	-758.461	-765.694
Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anla- gegegenständen	-515.909	-506.699	-481.744	-415.011
<b>Zwischensumme</b>	<b>-147.416</b>	<b>547.054</b>	<b>1.028.128</b>	<b>1.101.374</b>
Abschreibungen	-2.494.580	-2.323.527	-2.362.306	-2.457.939
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-12.733.210	-9.430.930	-12.831.320	-10.490.333
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>-183.728</b>	<b>264.286</b>	<b>146.229</b>	<b>228.277</b>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38.093	46.263	143.953	8.554
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-134.843	-100.610	-28.782	-293.887
Aufwendungen/Erträge aus Verlust- übernahme	-107.693	-28.815	-48.950	263.336
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-204.443</b>	<b>-83.162</b>	<b>66.220</b>	<b>-21.996</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Ge- schäftstätigkeit</b>	<b>-388.171</b>	<b>181.124</b>	<b>212.449</b>	<b>206.280</b>
Außerordentliche Aufwendungen	-43.511			
Steuern	-131.187	-149.615	-210.773	-151.742
<b>Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag</b>	<b>-562.869</b>	<b>31.509</b>	<b>1.677</b>	<b>54.538</b>

## Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2010	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	49,29%	45,47%	35,97%	27,55%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	43,57%	48,71%	35,33%	13,20%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	15,17%	20,91%	20,89%	14,00%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	30,78%	45,99%	58,09%	50,82%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	24,36%	7,54%	10,32%	9,72%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	-1,00%	0,06%	0,00%	0,11%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	-11,48%	0,59%	0,03%	1,35%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	278,22%	242,64%	124,20%	42,76%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	2.474 TEUR	1.827 TEUR	3.493 TEUR	4.935 TEUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	53,41%	53,00%	53,23%	56,05%

## Lagebericht der Kreiskliniken Calw gGmbH

### Wesentliche Entwicklungen und Vorfälle im Geschäftsjahr

Im Geschäftsjahr 2010 waren die Auswirkungen der anhaltend ungünstigen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser deutlich zu spüren und schlugen sich auch entsprechend in der Ergebnisentwicklung nieder. Die Tarifabschlüsse aus dem Jahr 2009 wurden im Geschäftsjahr voll wirksam, eine Gegenfinanzierung dieser Steigerungen von verbundweit rund EUR 2,8 Mio. konnte nur teilweise durch Mehrleistungen erzielt werden. Zusätzlich belasten die dringend erforderlichen Modernisierungsmaßnahmen und Investitionen zunehmend das Ergebnis. Hier fehlen weiterhin die entsprechenden Finanzierungsmittel über das System der Krankenhausfinanzierung. Insgesamt führten diese Bedingungen für die Kreiskliniken Calw gGmbH zu einem negativen Jahresergebnis von TEUR -563. Nach wie vor ist das Ergebnis ohne Berücksichtigung der Investitionstätigkeit (EBITDA) in den Kreiskliniken Calw mit TEUR 714 deutlich positiv.

### Kliniken Nagold:

An den Kliniken Nagold sind unter dem Eindruck der Wettbewerbssituation insbesondere gegenüber Horb und Freudenstadt kurzfristige Maßnahmen im Hinblick auf die Stärkung des medizinischen Leistungsangebotes eingeleitet worden. Neben der durchgeführten Marktanalyse haben die niedergelassenen Zuweiser wesentliche Hinweise für



zusätzliche Leistungen gegeben, so dass von einem Wachstumspotenzial insbesondere im Bereich der akutinterventionellen Kardiologie, der Unfallchirurgie und Orthopädie sowie der Radiologie auszugehen war. Vor diesem Hintergrund hat der Aufsichtsrat der Kreiskliniken Calw gGmbH in seiner Sitzung am 24. März 2010 beschlossen, eine Klinik für Innere Medizin mit den Schwerpunkten Kardiologie und Angiologie zu gründen, ein zweites MRT für eine Verbesserung der ambulanten und stationären radiologischen Versorgung in Nagold aufzustellen und nach Besetzung der Chefarztstelle für Orthopädie und Unfallchirurgie in Calw ein erweitertes endoprothetisches Leistungsangebot in Nagold umzusetzen.

Für die Gründung der Klinik für Kardiologie wurde im Vorfeld eine Kosten-Nutzen-Bewertung durchgeführt, die im Ergebnis davon ausgeht, dass eine solche Klinik einen positiven Beitrag zum Gesamtdeckungsbeitrag IV des Krankenhausstandortes Nagold beitragen kann. Die Klinik hat planmäßig im Oktober 2010 ihren Betrieb aufgenommen und sichert mit dem neu aufgestellten Linksherzkathetermessplatz sowie den zugehörigen Intermediate-Care-Pflegebetten die akutmedizinische kardiologische Versorgung im Raum Nagold.

Die Klinik für Herz- und Kreislauferkrankungen in Nagold arbeitet von Beginn an eng mit der Kardiologischen Abteilung des Krankenhauses Herrenberg zusammen. Vorher erfolgte die Zusammenarbeit mit der invasiven Kardiologie am Standort Sindelfingen. Durch die enge personelle Einbindung von Herrn Dr. Bierich in den Betrieb am Standort Nagold können für die Patienten in Herrenberg invasive Diagnostik- und Therapieangebote bei einer vergleichsweise günstigen Kostenstruktur vorgehalten werden, der Linksherzkathetermessplatz in Nagold wird dadurch gleichzeitig besser ausgelastet. Somit ergeben sich aus dieser Zusammenarbeit für beide Kliniken wirtschaftliche Vorteile.

Kliniken Calw:

Auch an den Kliniken Calw sind in 2010 wesentliche Entwicklungsmaßnahmen eingeleitet worden. Die Kliniken Calw decken die Notfallversorgung in der Stadt sowie in den angrenzenden Kommunen ab. Eine Stärkung des Profils soll über die neu ausgegründete Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie insbesondere in Richtung der Arcus-Klinik in Pforzheim und der Sana-Klinik in Bad Wildbad erreicht werden. Gleichzeitig wurde das Angebot der Klinik für Kardiologie um einfache elektrophysiologische Eingriffe und das der Klinik für Neurologie um schmerztherapeutische Eingriffe erweitert. Wesentlichen Einfluss auf die avisierte Steigerung der Patientenzahlen wird die Nach- bzw. Neubesetzung der Chefarztpositionen in der Medizinischen Klinik und in der Unfallchirurgie und Orthopädie haben, die Anfang 2011 vorgenommen wurden.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung des Profils sowie des Images der Kliniken Calw war die im Juli erfolgte Neueröffnung der kassenärztlichen Notfallpraxis am Krankenhaus. Die bisherigen vier Notfalldienstbereiche Althengstett, Bad Liebenzell, Bad Teinach und Calw wurden dabei zu einem Notfalldienstbezirk zusammengefasst. Für die niedergelassenen Ärzte bedeutet die Notfallpraxis eine Entlastung, da sich die zu leistenden Notdienste auf drei pro Jahr reduzieren. Aber auch für die Kliniken Calw entsteht ein Vorteil, da die Notfallpraxis die Klinik bei der Behandlung von Notfällen

entlastet. Außerdem wird die bisherige gute Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten weiter ausgebaut.

### Aufwands- und Ertragsentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden 18.665 Patienten stationär behandelt, annähernd so viel wie im Vorjahr (18.596). Das Niveau des Case-Mix-Punkte-Volumens ist um 1,7%, die Fall-schwere, der so genannte Case-Mix-Index, um 1,3% angestiegen. Die Verweildauer wurde von 6,6 auf 6,4 Tage leicht gesenkt. Die Anzahl der Behandlungstage nahm dabei um -1,8% von 122.510 auf 120.267 Tage ab.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Erlöse aus Krankenhausleistungen um +3,4% bzw. um TEUR +1.692 gesteigert werden. Die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses stiegen um +11,8% bzw. +TEUR 198. Die Nutzungsentgelte aus der ärztlichen Nebentätigkeit stiegen um +19,1% bzw. +TEUR 390, ebenso wie die Erlöse aus Wahlleistungen, die sich um +22,4% bzw. +TEUR 138 erhöhten.

Bei den übrigen betrieblichen Erträgen ergab sich eine Reduzierung um -9,0% bzw. -TEUR 822. Diese ist im Wesentlichen auf die nicht mehr durchgeführte Verrechnung von Personalgestellung für hauswirtschaftliche Leistungen an die Krankenhaus-Service GmbH Schwarzwald zurückzuführen. Im Gegenzug haben sich die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand um +TEUR 715 erhöht.

Gegenüber dem Vorjahr sind die gesamten Personalaufwendungen, also die Summe aus direktem Personalaufwand sowie bezogenen Personalleistungen um insgesamt +12,1% bzw. +TEUR 4.267 gestiegen. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Tarif-erhöhungen sowie auf Aufwendungen aus Überstunden in Höhe von ca. TEUR 360 zurückzuführen.

Beim Materialaufwand ist insgesamt eine Abnahme von -17,6% um -TEUR 3.066 zu verzeichnen. Dies ist mit TEUR -1.858 im Wesentlichen auf die nicht mehr durchgeführte Verrechnung der hauswirtschaftlichen Leistungen der Krankenhaus-Service GmbH Schwarzwald zurückzuführen. Die Aufwendungen für den medizinischen Sachbedarf hingegen stiegen um +2,3% bzw. +TEUR 156 gegenüber dem Vorjahr. Die Erhöhung lag demnach unter der Steigerungsrate der Erlöse aus stationären und ambulanten Leistungen.

Die Aufwendungen aus der Konzernleistungsverrechnung nahmen um +TEUR 710 bzw. +20,4% zu. Die Erhöhung resultiert überwiegend aus der Verrechnung der zentralen Dienste und der Holding.

Die Instandhaltungsaufwendungen haben um +TEUR 353 bzw. 20,3% zugenommen. Dieser Anstieg betrifft maßgeblich die Instandhaltungsmaßnahmen an den Außenanlagen und den Gebäuden.

Der Anstieg des neutralen Ergebnisses um +TEUR 435 resultiert hauptsächlich aus der Auflösung von Rückstellungen.

## Vermögens- und Finanzlage

Die im Geschäftsjahr vorgenommene Investitionstätigkeit sowohl am Standort Calw als auch am Standort Nagold führte zu einer Zunahme des Anlagevermögens um +37,6%. Aufgrund der ausgeprägten Investitionstätigkeit wurde Fremdkapital in Höhe von TEUR 5.953 aufgenommen. Insgesamt erhöhten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 5%.

## Zukünftige Entwicklung – Chancen und Risiken

Wie schon in den letzten Jahren erschwert die gesundheitspolitische Entwicklung die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser. Die Bundesregierung, ursprünglich angetreten mit dem Vorhaben, ab 2011 ein grundlegend neues System zur Finanzierung der Gesundheitsausgaben einzuführen, hat zwischenzeitlich mit dem Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung – GKV-Finanzierungsgesetz – wieder einmal ein Einspargesetz eingebracht. Vor dem Hintergrund eines zum damaligen Zeitpunkt für das Jahr 2011 erwarteten Defizits der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 11 Mrd. Euro sind sowohl bei den Beitragszahlern als auch bei den Leistungserbringern Einschnitte vorgesehen. Obwohl sich dieses Defizit wegen der guten wirtschaftlichen Entwicklung nicht eingestellt hat, hält die Bundesregierung an ihrem rigiden Spardiktat für die Krankenhäuser fest. Hauptgrund dafür scheint das politische Ziel eines Abbaus von Krankenhauskapazitäten zu sein.

Der größte Einschnitt steht den Krankenhäusern durch die Anwendung einer reduzierten Veränderungsrate (Grundlohnrate) bevor, die maßgeblich für die Preisentwicklung im Krankensektor ist. Erst in 2009 hat der Gesetzgeber mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) als Basis für die Fortschreibung der Krankenhauspreise ab 2011 einen vom statistischen Bundesamt zu ermittelnden Orientierungswert eingeführt. Damit sollten für die Krankenhäuser Erlössteigerungen ermöglicht werden, die es erlauben, die tatsächlichen Kostensteigerungen zu kompensieren. Der Bezug zur Grundlohnsumme, die in keinem Zusammenhang zu den Kostenentwicklungen in Krankenhäusern steht, sollte damit aufgelöst werden. Dabei wurde das Bundesministerium für Gesundheit ermächtigt, darüber zu entscheiden, ob der Orientierungswert schon im Jahr 2011 oder erst später die Grundlohnrate ablösen soll, und ob er in voller Höhe oder nur zu einem gewissen Anteil zur Anwendung kommen soll. Bisher wurde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht.

Die Diskontinuität der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen der letzten Jahre hat überdeutlich gezeigt, dass verlässliche Aussagen über die zukünftigen Entwicklungen der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kaum möglich sind. Dies zeigt sich eindrücklich bei der Festlegung des Basisfallwerts für 2011. Nachdem zunächst eine Veränderungsrate von 0,9% vom Bundesministerium für Gesundheit festgelegt wurde, hat der Gesetzgeber kurzfristig noch eine Korrektur vorgenommen und mit dem auf Landesebene vereinbarten Basisfallwert in Höhe von 2.970,00 Euro wurde lediglich eine Veränderungsrate von lediglich 0,24% umgesetzt. Es ist leicht ersichtlich, dass eine tarifliche Erhöhung der Personalaufwendungen von voraussichtlich über 2,5 - 3,0% in der 2011 bevorstehenden Tarifrunde und zu erwartende Preissteigerungen beim Sachaufwand damit nicht ausgeglichen werden können.

Wegen der angespannten Haushaltslage des Landes, der Städte und Kommunen wird auch 2011 die duale Krankenhausfinanzierung nicht auskömmlich den Bedarf an Investitionsmitteln decken können. Notwendige Investitionen werden deshalb auch weiterhin durch die Krankenhausträger und/oder aus dem laufenden Betrieb zu finanzieren sein. Dabei belasten die dafür aufzubringenden Zins- und Tilgungszahlungen den Krankenhausbetrieb unmittelbar, die steigenden Abschreibungen auf das nicht-geförderte Anlagevermögen mittelbar.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor wird damit wiederum sein, durch eine Steigerung der Fallzahlen und damit des Umsatzes eine entsprechende Steigerung der Einnahmen zu erzielen. Hierbei gilt es, dass wir im Wettbewerb zu den benachbarten Krankenhäusern und medizinischen Zentren, vornehmlich in Stuttgart, Ludwigsburg, Pforzheim und Tübingen, unseren Marktanteil weiter ausbauen.

Dieser Wettbewerb wird aber vielerorts dadurch „verzerrt“, dass die jeweiligen kommunalen Träger der Krankenhausesellschaften bereits seit vielen Jahren erhebliche Investitions- und teilweise auch Betriebsmittelzuschüsse für den Erhalt und die Weiterentwicklung ihrer Krankenhausbetriebe gewähren. Andererseits bieten die so unterstützten Krankenhäuser in der Region eine Vielzahl von Beschäftigungsalternativen, so dass eine überdurchschnittliche Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zum Ausgleich der Strukturdefizite notwendig wäre, nicht akzeptiert wird. Ein erfolgreiches Bestehen dieses „Verdrängungswettbewerbs“ nur aus Mitteln des Krankenhausbetriebes kommt damit zunehmend an seine Grenzen.

Dazu soll neben der Verbesserung unserer Servicequalität und dem Ausbau unserer medizinischen Angebotsstruktur auch eine Intensivierung der Vertriebsaktivitäten beitragen. Darüber hinaus ist es notwendig, die Wirtschaftlichkeit unserer Leistungserbringung weiter zu verbessern. Neben den bereits in den letzten drei Jahren umgesetzten Maßnahmen werden wir im Rahmen weiterer, teilweise bereits initiiertes Projekte unsere Kernleistungsprozesse effizienter gestalten.

Insbesondere vor dem Hintergrund eines Mangels an qualifizierten Fachkräften wird ein Schwerpunkt sein, das Qualifikationsniveau unserer Mitarbeiterschaft durch entsprechende Personalbindungs- und -entwicklungsmaßnahmen zu halten und weiter auszubauen. Ein attraktiver Arbeitgeber zu sein ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um im Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können.

## Risikomanagement

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, das durch eine systematische Erfassung und aktive Steuerung von Risiken das Ziel verfolgt, die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von Risiken zu reduzieren und nicht vermeidbare Schäden so gering wie möglich zu halten. Methodisch basiert das Risikomanagement-System auf dem sogenannten COSO Enterprise Risk Management-Framework, das einen international anerkannten Standard für ein unternehmensweites Risikomanagementsystem darstellt. Es umfasst neben Markt- und Konjunkturrisiken auch Betriebsrisiken, die anhand der Schadenshöhe und der Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet werden. Zur Beherrschung der Risiken werden Maßnahmen zur Risikoabwälzung, -vermeidung und -verringerung

festgelegt. Die Überwachung erfolgt durch die Berichterstattung der Risiko-Verantwortlichen und der Prüfung durch ein zentrales Risikocontrolling. Im 4. Quartal 2010 wurde zur Verbesserung des Risikomanagementprozesses eine Software-Lösung der Firma new-win AG (H-RISK) implementiert.

### Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2010 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet, über die an dieser Stelle zu berichten wäre.

### Ausblick

Die Ergebnisentwicklung für 2011 hängt maßgeblich von den gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen, dem Ausgang der Budget- und Entgeltverhandlung mit den Kostenträgern sowie der tatsächlichen Leistungsentwicklung ab. Weiterhin bestehen eine Unterfinanzierung insbesondere der Tarifsteigerungen sowie eine bei weitem nicht ausreichende Investitionsförderung, die mit Leistungs- und Umsatzsteigerungen kaum mehr kompensiert werden können. Für 2011 muss daher mit einer deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation gerechnet werden. Um den Entwicklungen entgegenzuwirken, richtet sich die Strategie der Geschäftsführung neben der ständigen Überprüfung von Wirtschaftlichkeitspotenzialen in sämtlichen Betriebsbereichen schwerpunktmäßig auf Maßnahmen, die die Marktposition der Kliniken Calw und Nagold stärken, das notwendige Wachstum fördern und die Erlöse sichern. Zum jetzigen Zeitpunkt geht die Gesellschaft für 2011 von einem Jahresergebnis von ca. TEUR -646 aus.

Es muss an dieser Stelle jedoch noch einmal hervorgehoben werden, dass unter den gegebenen gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen der immer noch bestehende erhebliche Nachholbedarf für bauliche und betriebliche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei dem stark ausgeprägten Verdrängungswettbewerb zukünftig nicht mit den Mitteln des Krankenhausbetriebes erwirtschaftet werden kann. Insofern wird die Gesellschaft darauf angewiesen sein, dass der Landkreis als Gesellschafter, wie andernorts in Baden-Württemberg bereits der Fall, zur Sicherung der Krankenhausstandorte beiträgt.

Calw, 30. Juni 2011  
Kreiskliniken Calw gGmbH  
Geschäftsführung  
(gez.)  
Dr. Gunther K. Weiß, M.Sc.

## Kapitalzuführungen/-entnahmen durch den Landkreis

Die Zuweisungen des Landkreises Calw von 143 TEUR für die Tilgung von Altkrediten wurden in die Kapitalrücklage eingestellt.

## Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2010 VK*	2009 VK*	2008 VK*
Ärztlicher Dienst	99	93	87
Pflegedienst	221	222	210
Funktionsdienst	94	96	87
Medizinisch-technischer Dienst	72	82	85
Klinisches Hauspersonal	14	18	19
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	23	23	28
Technischer Dienst	12	12	11
Verwaltungsdienst	14	15	17
Sonderdienste	0	0	3
Ausbildungsstätten	5	5	4
Sonstiges Personal	11	10	5
<b>insgesamt</b>	<b>565</b>	<b>576</b>	<b>556</b>

\* Vollkräfte

## Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR
Geschäftsführung (Angaben unterbleiben gem. § 286 Abs. 4 HGB)	k. A.	k. A.	k. A.
Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigung)	6.000	4.000	2.600

## 1.3 Klinikverbund Südwest GmbH

### Allgemeine Angaben

Klinikverbund Südwest  
Arthur-Gruber-Str. 70  
71065 Sindelfingen  
Telefon 07031 98-0  
Homepage: [www.klinikverbund-suedwest.de](http://www.klinikverbund-suedwest.de)

### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Mehrheitsbeteiligung an den gemeinnützigen Krankenhausgesellschaften der Landkreise Böblingen und Calw sowie der gemeinsamen gemeinnützigen Krankenhausgesellschaft der Stadt Sindelfingen und des Landkreises Böblingen und deren einheitliche Leitung und Steuerung.

### Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 500.000 EUR.  
Die Stammeinlagen werden gehalten von

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Landkreis Böblingen	249.500	49,90
Landkreis Calw	124.500	24,90
Stadt Sindelfingen	126.000	25,20
Summe	500.000	100,00

Nach § 9 Ziff. 2 des Gesellschaftsvertrages der Klinikverbund Südwest GmbH ist im Aufsichtsrat jeweils eine Drittel-Parität zwischen dem Landkreis Böblingen, dem Landkreis Calw und der Stadt Sindelfingen im Hinblick auf die Besetzung der Aufsichtsratspositionen herzustellen.

Die Beteiligung des Landkreises Calw wird daher als wesentliche Beteiligung eingestuft.

### Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat	Roland Bernhard, Landrat Böblingen Helmut Riegger, Landrat Calw  Dr. Bernd Vöhringer, Oberbürgermeister Hans-Werner Köblitz, Landrat  Johannes Arnold, Bürgermeister Bernd Aupperle, Physiotherapeut Sabine Beyer, Rechtsanwältin Herbert Dietel, Betriebsrat Elke Döbele, Leiterin betreutes Senioren-Wohnen Wilfried Dölker, Bürgermeister Bernd Dürr, Bürgermeister Dr. Christoph Ehrensperger, Betriebsrat Christian Gangl, Erster Bürgermeister Sindelfingen Erich Grießhaber, Sonderschullehrer Jürgen Großmann, Oberbürgermeister Christa Habisreitering, Hausfrau Helmut Hauser, Freier Architekt, Dipl. Ingenieur Christiane Hiller-Schmid, Fachärztin Allgemeine Medizin Andrea Jünemann, Betriebsrätin Ulrich Kallfass, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater Joachim W. Klenk, Rechtsanwalt Dieter Kömpf, Geschäftsführer (Baustoffhändler) Jürgen Konzelmann, Frauenarzt Ursula Kreutel, Bürgermeisterin Dr. Thomas Lang, Arzt Dr. Werner Metz, Arzt Dr. Gabriele Moritz-Rahn, Ärztin Simone Müller-Roth, Hebamme Günter Niebel, Polizeibeamter Helmut J. Noë, Erster Bürgermeister a. D. Dr. Alfred Rau, Arzt Helmut Schmid, Unternehmensberater Prof. Dr. Wolfgang Seidel, Arzt im Ruhestand Dr. Ursula Utters, Allgemeinärztin	Vorsitzender Stv. Vorsitzender (ab 01.02.2010) Stv. Vorsitzender Stv. Vorsitzender (bis 31.01.2010)
Geschäftsführer	Dr. med. Gunther K. Weiß, M. Sc.	



## Beteiligungen des Unternehmens

Gesellschaft	Anteil in %
Direkte Beteiligungen	
Kreiskliniken Calw gGmbH, Calw	51,00 %
Klinikum Sindelfingen-Böblingen gGmbH, Sindelfingen	51,00 %
Kreiskliniken Böblingen gGmbH, Böblingen	51,00 %
Geriatrische Rehabilitations-Klinik gGmbH, Böblingen	100,00 %
Therapiezentrum gemeinnützige GmbH im Klinikverbund Südwest, Sindelfingen	100,00 %
Indirekte Beteiligungen	
Gesundheitszentrum am Klinikum Sindelfingen-Böblingen gGmbH, Sindelfingen	51,00 %
Krankenhaus-Service GmbH Schwarzwald, Nagold	51,00 %
Energieversorgungsgesellschaft mbH im Klinikverbund Südwest, Nagold	51,00 %

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Klinikverbund Südwest wurde zum 01. Januar 2006 gegründet. Im Klinikverbund Südwest sind die Krankenhäuser Sindelfingen, Böblingen, Leonberg, Herrenberg, Nagold und Calw zusammengeschlossen. Durch die Gründung des Verbunds sollen die Wettbewerbsfähigkeit und die Fortentwicklung aller Häuser gestärkt und gesichert werden.

Dieser Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Klinikverbund Südwest GmbH erfüllt.

## Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
<b>A K T I V A</b>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	244	485	726
Sachanlagen	89.536	86.309	67.231	85.153
Finanzanlagen	5.097.516	5.097.516	5.097.516	5.097.516
Anlagevermögen	5.187.052	5.184.069	5.165.232	5.183.395
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.912.675	2.767.959	680.903	351.977
Flüssige Mittel	0	0	60.660	69.365
Umlaufvermögen	2.912.675	2.767.959	741.564	421.342
Rechnungsabgrenzungsposten	0	647.304	890.968	2.838
<b>Bilanzsumme</b>	<b>8.099.728</b>	<b>8.599.333</b>	<b>6.797.763</b>	<b>5.607.575</b>
<b>P A S S I V A</b>				
Gezeichnetes Kapital	500.000	500.000	500.000	500.000
Kapitalrücklagen	4.375.000	4.375.000	4.375.000	4.375.000
Gewinnvortrag	419	389	355	180
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	45	30	34	175
Eigenkapital	4.875.464	4.875.419	4.875.389	4.875.355
Rückstellungen	247.376	163.000	133.725	147.675
Verbindlichkeiten	2.957.040	3.530.496	868.562	532.987
Rechnungsabgrenzungsposten	19.848	30.418	920.088	51.558
<b>Bilanzsumme</b>	<b>8.099.728</b>	<b>8.599.333</b>	<b>6.797.763</b>	<b>5.607.575</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Umsatzerlöse	4.560.091	3.695.800	2.722.600	2.547.053
Sonstige betriebliche Erträge	195.059	153.151	83.675	48.749
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>4.755.149</b>	<b>3.848.951</b>	<b>2.806.275</b>	<b>2.595.802</b>
Personalaufwand	-2.341.011	-1.845.739	-1.090.551	-765.568
Materialaufwand	0	0	0	0
Abschreibungen	-26.000	-19.058	-18.163	-10.099
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.343.145	-1.967.030	-1.678.746	-1.814.719
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<b>-4.710.156</b>	<b>-3.831.828</b>	<b>-2.787.460</b>	<b>-2.590.385</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>44.994</b>	<b>17.123</b>	<b>18.815</b>	<b>5.417</b>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	340	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-38.913	-11.531	-10.857	-1.131
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-38.573</b>	<b>-11.531</b>	<b>-10.857</b>	<b>-1.131</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>6.421</b>	<b>5.592</b>	<b>7.958</b>	<b>4.286</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.747	-2.093	-3.637	-2.976
Sonstige Steuern	-4.629	-3.469	-4.287	-1.135
<b>Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag</b>	<b>45</b>	<b>30</b>	<b>34</b>	<b>175</b>

## Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2010	2009	2008	2007
<b>Anlagenintensität</b> Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	64,04%	60,28%	75,98%	92,44%
<b>Investitionsquote</b> Investitionen/Anlagevermögen*100	0,56%	0,73%	0,00%	84,81%
<b>Eigenkapitalquote</b> Eigenkapital/Bilanzsumme*100	60,19%	56,70%	71,72%	86,94%
<b>Anlagendeckung</b> Eigenkapital/Anlagevermögen*100	93,99%	94,05%	94,39%	94,06%
<b>Bankenverschuldung</b> Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
<b>Umsatzrentabilität</b> Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	0,00%	0,00%	0,00%	0,01%
<b>Eigenkapitalrentabilität</b> Jahresergebnis/Eigenkapital*100	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
<b>Reinvestitionsquote</b> Investitionen/Abschreibungen*100	111,47%	198,84%	0,00%	43530,76%
<b>Cash Flow</b> Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	110.421 EUR	48.364 EUR	4.247 EUR	111.840 EUR
<b>Personalkostenintensität</b> Personalkosten/Gesamtkosten*100	49,70%	48,17%	39,12%	29,55%

## Zusammengefasster Lagebericht und Konzernlagebericht der Klinikverbund Südwest GmbH, Böblingen, für das Geschäftsjahr 2010

Im Geschäftsjahr 2010 waren die Auswirkungen der anhaltend ungünstigen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser deutlich zu spüren und schlugen sich auch entsprechend in der Ergebnisentwicklung nieder. Die Tarifabschlüsse aus dem Jahr 2009 wurden im Geschäftsjahr voll wirksam, eine Gegenfinanzierung dieser Steigerungen von verbundweit rund EUR 2,8 Mio. konnte nur teilweise durch Mehrleistungen erzielt werden. Zusätzlich belasten die dringend erforderlichen Modernisierungsmaßnahmen und Investitionen zunehmend das Ergebnis. Hier fehlen weiterhin die entsprechenden Finanzierungsmittel über das System der Krankenhausfinanzierung. Insgesamt führten diese Bedingungen für den Klinikverbund zu einem negativen Jahresergebnis nach Abzug der Anteile der Minderheitsgesellschafter von TEUR -1.444. Nachwievor ist das Ergebnis ohne Berücksichtigung der Investitionstätigkeit (EBITDA) im Klinikverbund mit TEUR 10.919 deutlich positiv.

### Wesentliche Entwicklungen und Vorfälle im Geschäftsjahr

Nachdem bereits seit vielen Jahren über die Einrichtung eines neuen Leistungsbereiches „Elektrophysiologie“ am Standort Sindelfingen diskutiert und auch schon wiederholt der Versuch einer adäquaten Besetzung einer solchen Leitungsstelle unternommen wurde, konnte in der Aufsichtsratssitzung am 22.06.2010 die Bildung einer eigenständigen Klinik für Innere Medizin V – Klinik für Kardiologie mit Schwerpunkt Elektrophysiologie zum Jahresanfang 2011 beschlossen werden. Als neuer Chefarzt konnte Herr Prof. Dr. Michael Schneider aus Pforzheim gewonnen werden. Prof. Schneider hatte am Rhönklinikum Pforzheim innerhalb der letzten zwei Jahre erfolgreich eine solche Klinik aufgebaut, so dass davon ausgegangen werden konnte, dass er auch in Sindelfingen die gemeinsam benannten Ziele zeitnah erreicht.

Die Vertreter der Ärzteschaft der Region Sindelfingen-Böblingen haben zur Jahresmitte einen Trägerverein für den Betrieb einer Notfallpraxis für den kassenärztlichen Notdienst gegründet. Die Notfallpraxis konnte am 01.09.2010 ihren Betrieb in den Räumlichkeiten der Kliniken Sindelfingen aufnehmen. Es wird davon ausgegangen, dass es durch die Etablierung der kassenärztlichen Notfallpraxis am Standort Sindelfingen einerseits zu einer leichten Entlastung der Notfallambulanz des Krankenhauses kommen wird und andererseits bei Notwendigkeit einer stationären Aufnahme diese unmittelbar im Klinikum Sindelfingen-Böblingen erfolgt und damit ein wichtiger Beitrag zur Belegungssicherung geleistet werden kann.

Zur Sicherung der ambulanten onkologischen Versorgung am Klinikum Sindelfingen-Böblingen wurde die Gelegenheit genutzt, durch den Kauf einer fachärztlich-internistischen Praxis (Dr. Becker aus Böblingen) das bestehende MVZ in Böblingen um eine onkologische Praxis zu erweitern. Die wesentlichen Gründe für den Erwerb dieser Praxis waren, die erwarteten Erlöseinbrüche aus dem Bereich der ambulanten Zytostatikaversorgung in Folge der Kündigung der bisherigen Versorgungsverträge durch die Krankenkassen auf Grundlage der 15. Novellierung des Arzneimittelgesetzes zumindest teilweise zu kompensieren sowie Einnahmeverluste, die gedroht hätten, wenn der Vertragsarztsitz an eine onkologische Facharztpraxis als Zweitpraxissitz verkauft worden

wäre, auszuschließen. Mit dem onkologischen Kassensitz im MVZ Böblingen kann damit dauerhaft der wichtige Bereich der ambulanten und stationären Onkologie für das Klinikum Sindelfingen-Böblingen für die Zukunft gesichert und gleichzeitig die bereits vernehmbaren Erlöseinbrüche im Bereich der Medikamentenversorgung der onkologisch ambulanten Versorgung soweit als möglich gemindert werden.

Für das Krankenhaus Leonberg war neben den umfangreichen Modernisierungen der Patientenzimmer ein weiteres wichtiges Ereignis zur Stärkung der Außendarstellung die erfolgreiche Zertifizierung des Gefäßzentrums. Im Rahmen eines Gefäßtages konnte der Bevölkerung das Leistungsangebot der Klinik für Gefäßchirurgie noch näher gebracht werden.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Krankenhauses Leonberg war die Aufspaltung der Klinik für Innere Medizin in die Klinik für Gastroenterologie, Onkologie, Infektiologie und Diabetologie unter Leitung von Herrn Dr. Heinz und in die Klinik für Kardiologie und Angiologie unter Leitung von Herrn Dr. Weber. Durch die Aufteilung der beiden Kliniken soll gegenüber den Einweisern und Patienten eine deutlichere Profilierung möglich werden. Im Rahmen des weiteren Ausbaus des Leistungsspektrums ist in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Linksherzkathetermessplatzes im Frühjahr 2012 vorgesehen.

Nach Etablierung einer neuen Klinik für Herz- und Kreislauferkrankungen in Nagold mit einem eigenen Linksherzkathetermessplatz arbeitet die Kardiologische Abteilung im Krankenhaus Herrenberg verstärkt mit dem Nagolder Krankenhaus zusammen. Bis dahin erfolgte die Zusammenarbeit mit der Kardiologie am Standort Sindelfingen. Durch die enge personelle Einbindung von Herrn Dr. Bierich in den Betrieb am Standort Nagold können für die Patienten in Herrenberg invasive Diagnostik- und Therapieangebote bei einer vergleichsweise günstigen Kostenstruktur vorgehalten werden.

Mit der Wahl von Frau Dr. Ines Vogel zur neuen Chefärztin der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe konnte die hohe Akzeptanz der Frauenklinik in der Bevölkerung weiter gefestigt und ausgebaut werden. Entgegen dem Landes- und Bundestrend hat die Zahl der Geburten im Krankenhaus Herrenberg in 2010 sogar um +14% zugenommen.

An den Kliniken Nagold sind unter dem Eindruck der Wettbewerbssituation insbesondere gegenüber Horb und Freudenstadt kurzfristige Maßnahmen im Hinblick auf die Stärkung des medizinischen Leistungsangebotes eingeleitet worden. Neben der durchgeführten Marktanalyse haben die niedergelassenen Zuweiser wesentliche Hinweise für zusätzliche Leistungen gegeben, so dass von einem Wachstumspotenzial insbesondere in den Bereichen der akutinterventionellen Kardiologie, der Unfallchirurgie und Orthopädie sowie der Radiologie auszugehen war. Vor diesem Hintergrund hat der Aufsichtsrat der Kreiskliniken Calw gGmbH in seiner Sitzung am 24. März 2010 beschlossen, eine Klinik für Innere Medizin mit den Schwerpunkten Kardiologie und Angiologie zu gründen, ein zweites MRT für eine Verbesserung der ambulanten und stationären radiologischen Versorgung in Nagold aufzustellen und nach Besetzung der Chefarztstelle für Orthopädie und Unfallchirurgie in Calw ein erweitertes endoprothetisches Leistungsangebot in Nagold umzusetzen.

Für die Gründung der Klinik für Kardiologie wurde im Vorfeld eine Kosten-Nutzen-Bewertung durchgeführt, die im Ergebnis davon ausgeht, dass eine solche Klinik einen positiven Beitrag zum Gesamtdeckungsbeitrag IV des Krankenhausstandortes Nagold beitragen kann. Die Klinik hat planmäßig im Oktober 2010 ihren Betrieb aufgenommen und sichert mit dem neu aufgestellten Linksherzkathetermessplatz sowie den zugehörigen Intermediate-Care-Pflegebetten die akutmedizinische kardiologische Versorgung im Raum Nagold. Dabei ergeben sich wie oben erwähnt aus der Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus Herrenberg wirtschaftliche Vorteile für beide Kliniken.

Auch an den Kliniken Calw sind in 2010 wesentliche Entwicklungsmaßnahmen eingeleitet worden. Die Kliniken Calw decken die Notfallversorgung in der Stadt sowie in den angrenzenden Kommunen ab. Eine Stärkung des Profils soll über die neu ausgegründete Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie insbesondere in Richtung der Arcus-Klinik in Pforzheim und der Sana Klinik in Bad Wildbad erreicht werden. Gleichzeitig wurde das Angebot der Klinik für Kardiologie um einfache elektrophysiologische Eingriffe und das der Klinik für Neurologie um schmerztherapeutische Eingriffe erweitert. Wesentlichen Einfluss auf die avisierte Steigerung der Patientenzahlen wird die Nach- bzw. Neubesetzung der Chefarztpositionen in der Medizinischen Klinik und in der Unfallchirurgie und Orthopädie haben, die Anfang 2011 vorgenommen wurden.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung des Profils sowie des Images der Kliniken Calw war die im Juli erfolgte Neueröffnung der kassenärztlichen Notfallpraxis am Krankenhaus. Die bisherigen vier Notfalldienstbereiche Althengstett, Bad Liebenzell, Bad Teinach und Calw wurden dabei zu einem Notfalldienstbezirk zusammengefasst. Für die niedergelassenen Ärzte bedeutet die Notfallpraxis eine Entlastung, da sich die zu leistenden Notdienste auf drei pro Jahr reduzieren. Aber auch für die Kliniken Calw entsteht ein Vorteil, da die Notfallpraxis die Klinik bei der Behandlung von Notfällen entlastet. Außerdem wird die bisherige gute Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten weiter ausgebaut.

Nach der Inbetriebnahme des Versorgungszentrums in 2009 erfolgte im Geschäftsjahr die Belieferung aller Standorte im Klinikverbund komplett von Calw-Stammheim aus mit Mahlzeiten, die nach dem Cook & Chill-Verfahren im Versorgungszentrum hergestellt werden. Mit der Realisierung eines zentralen Versorgungszentrums wurden auch Kapazitäten geschaffen, um das Leistungsvolumen durch Gewinnung weiterer externer Kunden auszuweiten.

Im Therapiezentrum war, wie in den Vorjahren, das Geschäftsjahr stark durch den gesundheitspolitischen Wirtschaftlichkeitsdruck geprägt. Das Verhalten der niedergelassenen Ärzte bezüglich der Verordnung von Rezepten, insbesondere über die Anwendung von Maßnahmen zur physikalischen Therapie war etwas zurückhaltender als in den Vorjahren.

### Leistungs-, Aufwands- und Ertragsentwicklung

Im Geschäftsjahr konnte das Case-Mix-Punkte-Volumen verbundweit um +1,9% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, wobei sich sowohl die Anzahl der stationär behandelten Patienten als auch die Behandlungskomplexität und die Fallschwere, der so genannte Case-Mix-Index, insgesamt konstant entwickelte. Die Verweildauer wurde

von 6,2 auf 6,0 Tage weiter reduziert, womit die Belegungseffizienz weiter verbessert werden konnte. Die Anzahl der Behandlungstage nahm dabei um -2,7% von 434.010 auf 422.351 Tage ab.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Umsatzerlöse um +5,7% bzw. von TEUR 228.410 auf TEUR 241.345 gesteigert werden. Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2010 TEUR	2009 TEUR
Erlöse aus Krankenhausleistungen	211.932	203.181
Erlöse aus Wahlleistungen	3.484	3.316
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	6.372	7.700
Nutzungsentgelte der Ärzte	12.801	9.276
Sonstige Umsatzerlöse	6.756	4.937
	<u>241.345</u>	<u>228.410</u>

Dem gegenüber steht der Anstieg der Personalaufwendungen um +7,6% auf TEUR 177.487. Im Gegenzug konnte der Materialaufwand um -4,3% auf TEUR 58.617 gesenkt werden.

Die Personalaufwendungen der Klinikverbund Südwest GmbH sind im Geschäftsjahr um TEUR 495 gestiegen und betragen TEUR 2.341. Ebenso sind die übrigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 381 auf TEUR 2.343 angestiegen. Da alle Kosten der Klinikverbund Südwest GmbH an die verbundenen Unternehmen weiterbelastet wurden, ergab sich im Berichtsjahr ein ausgeglichenes Ergebnis.

### Vermögens- und Finanzlage

Investitionen in Sachanlagevermögen auf Ebene der Klinikverbund Südwest GmbH fanden im Wirtschaftsjahr 2010, wie bereits in den Vorjahren, nur in geringer Höhe statt. Wesentliche Position sind auf der Aktivseite, wie im Vorjahr, die Finanzanlagen.

Der Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände um TEUR 324 betrifft im Wesentlichen die Forderung gegenüber dem Finanzamt aus Umsatzsteuererstattungen für die Jahre 2008, 2009 und 2010.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 674 betrifft im Wesentlichen den Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Die Eigenkapitalquote der Klinikverbund Südwest GmbH beträgt 60,2% (Vorjahr 56,7%). Das Anlagevermögen wird zu 94,0% (Vorjahr 94,0%) durch das Eigenkapital gedeckt.

Das Vermögen des Konzerns besteht zu 58,4% (Vorjahr 56,0%) aus langfristigem Vermögen und zu 41,6% (Vorjahr 44,0%) aus kurzfristigem Vermögen. Das Vermögen des Konzerns entfällt im Wesentlichen auf die Klinikum Sindelfingen-Böblingen gGmbH

(48,7%), auf die Kreiskliniken Böblingen gGmbH (21,0%) und auf die Kreiskliniken Calw gGmbH (15,9%).

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme) hat sich im Konzern von 26,0% auf 20,1% verschlechtert.

Dem Anstieg der Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 11.666 stehen Investitionen in Höhe von TEUR 30.174 gegenüber.

### Zukünftige Entwicklung – Chancen und Risiken

Wie schon in den letzten Jahren erschwert die gesundheitspolitische Entwicklung die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser. Die Bundesregierung, ursprünglich angetreten mit dem Vorhaben, ab 2011 ein grundlegend neues System zur Finanzierung der Gesundheitsausgaben einzuführen, hat zwischenzeitlich mit dem Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung – GKV-Finanzierungsgesetz – wieder einmal ein Einspargesetz eingebracht. Vor dem Hintergrund eines zum damaligen Zeitpunkt für das Jahr 2011 erwarteten Defizits der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 11 Mrd. Euro sind sowohl bei den Beitragszahlern als auch bei den Leistungserbringern Einschnitte vorgesehen. Obwohl sich dieses Defizit wegen der guten wirtschaftlichen Entwicklung nicht eingestellt hat, hält die Bundesregierung an ihrem rigiden Spardiktat für die Krankenhäuser fest. Hauptgrund dafür scheint das politische Ziel eines Abbaus von Krankenhauskapazitäten zu sein.

Der größte Einschnitt steht den Krankenhäusern durch die Anwendung einer reduzierten Veränderungsrate (Grundlohnrate) bevor, die maßgeblich für die Preisentwicklung im Krankensektor ist. Erst in 2009 hat der Gesetzgeber mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) als Basis für die Fortschreibung der Krankenhauspreise ab 2011 einen vom statistischen Bundesamt zu ermittelnden Orientierungswert eingeführt. Damit sollten für die Krankenhäuser Erlössteigerungen ermöglicht werden, die es erlauben, die tatsächlichen Kostensteigerungen zu kompensieren. Der Bezug zur Grundlohnsumme, die in keinem Zusammenhang zu den Kostenentwicklungen in Krankenhäusern steht, sollte damit aufgelöst werden. Dabei wurde das Bundesministerium für Gesundheit ermächtigt, darüber zu entscheiden, ob der Orientierungswert schon im Jahr 2011 oder erst später die Grundlohnrate ablösen soll, und ob er in voller Höhe oder nur zu einem gewissen Anteil zur Anwendung kommen soll. Bisher wurde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht.

Die Diskontinuität der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen der letzten Jahre hat überdeutlich gezeigt, dass verlässliche Aussagen über die zukünftigen Entwicklungen der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kaum möglich sind. Dies zeigt sich eindrücklich bei der Festlegung des Basisfallwerts für 2011. Nachdem zunächst eine Veränderungsrate von 0,9% vom Bundesministerium für Gesundheit festgelegt wurde, hat der Gesetzgeber kurzfristig noch eine Korrektur vorgenommen und mit dem auf Landesebene vereinbarten Basisfallwert in Höhe von 2.970,00 Euro wurde lediglich eine Veränderungsrate von lediglich 0,24% umgesetzt. Es ist leicht ersichtlich, dass eine tarifliche Erhöhung der Personalaufwendungen von voraussichtlich über 2,5 - 3,0% in der 2011 bevorstehenden Tarifrunde und zu erwartende Preissteigerungen beim Sachaufwand damit nicht ausgeglichen werden können.



Wegen der angespannten Haushaltslage des Landes, der Städte und Kommunen wird auch 2011 die duale Krankenhausfinanzierung nicht auskömmlich den Bedarf an Investitionsmitteln decken können. Notwendige Investitionen werden deshalb auch weiterhin durch die Krankenhausträger und/oder aus dem laufenden Betrieb zu finanzieren sein. Dabei belasten die dafür aufzubringenden Zins- und Tilgungszahlungen den Krankenhausbetrieb unmittelbar, die steigenden Abschreibungen auf das nicht-geförderte Anlagevermögen mittelbar das Ergebnis.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor wird damit wiederum sein, durch eine Steigerung der Fallzahlen und damit des Umsatzes eine entsprechende Steigerung der Einnahmen zu erzielen. Hierbei gilt es, dass wir im Wettbewerb zu den benachbarten Krankenhäusern und medizinischen Zentren, vornehmlich in Stuttgart, Ludwigsburg, Pforzheim und Tübingen, unseren Marktanteil weiter ausbauen.

Dieser Wettbewerb wird aber vielerorts dadurch „verzerrt“, dass die jeweiligen kommunalen Träger der Krankenhausesellschaften bereits seit vielen Jahren erhebliche Investitions- und teilweise auch Betriebsmittelzuschüsse für den Erhalt und die Weiterentwicklung ihrer Krankenhausbetriebe gewähren. Andererseits bieten die so unterstützten Krankenhäuser in der Region eine Vielzahl von Beschäftigungsalternativen, so dass eine überdurchschnittliche Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zum Ausgleich der Strukturdefizite notwendig wäre, nicht akzeptiert wird. Ein erfolgreiches Bestehen dieses „Verdrängungswettbewerbs“ nur aus Mitteln des Krankenhausbetriebes kommt damit zunehmend an seine Grenzen.

Dazu beitragen soll neben der Verbesserung unserer Servicequalität und dem Ausbau unserer medizinischen Angebotsstruktur auch eine Intensivierung der Vertriebsaktivitäten. Darüber hinaus ist es notwendig, die Wirtschaftlichkeit unserer Leistungserbringung weiter zu verbessern. Neben den bereits in den letzten drei Jahren umgesetzten Maßnahmen werden wir im Rahmen weiterer, teilweise bereits initiiertener Projekte unsere Kernleistungsprozesse effizienter gestalten.

Insbesondere vor dem Hintergrund eines Mangels an qualifizierten Fachkräften wird ein Schwerpunkt sein, das Qualifikationsniveau unserer Mitarbeiterschaft durch entsprechende Personalbindungs- und Entwicklungsmaßnahmen zu halten und weiter auszubauen. Ein attraktiver Arbeitgeber zu sein ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um im Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können.

## Risikomanagement

Der Konzern verfügt über ein Risikomanagementsystem, das durch eine systematische Erfassung und aktive Steuerung von Risiken das Ziel verfolgt, die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von Risiken zu reduzieren und nicht vermeidbare Schäden so gering wie möglich zu halten. Methodisch basiert das Risikomanagement-System auf dem sogenannten COSO Enterprise Risk Management-Framework, das einen international anerkannten Standard für ein unternehmensweites Risikomanagementsystem darstellt. Es umfasst neben Markt- und Konjunkturrisiken auch Betriebsrisiken, die anhand der Schadenshöhe und der Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet werden. Zur Beherrschung der Risiken werden Maßnahmen zur Risikoabwälzung, -vermeidung und -verringerung festgelegt. Die Überwachung erfolgt durch die Berichterstattung der Risiko-

Verantwortlichen und die Prüfung durch ein zentrales Risikocontrolling. Im 4. Quartal 2010 wurde zur Verbesserung des Risikomanagementprozesses eine Software-Lösung der Firma new-win AG (H-RISK) implementiert.

### Nachtragsbericht

Darüber hinaus haben sich nach Ende des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2010 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet, über die an dieser Stelle zu berichten wäre.

### Ausblick

Vor dem Hintergrund des umfangreichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarfs der beiden Betriebsstätten Böblingen und Sindelfingen hat die Geschäftsführung im Auftrag der Gesellschafter zu Beginn des Jahres 2011 eine Untersuchung von Handlungsoptionen für die Standortentwicklung des Klinikums vorgelegt, in dessen Ergebnis eine räumliche Zusammenführung der beiden Standorte mittel- bis langfristig wirtschaftlicher wäre als der Weiterbetrieb der zwei getrennten Standorte. Das Land Baden-Württemberg hat signalisiert, dass grundsätzlich eine zukunftsweisende Weiterentwicklung der beiden Krankenhausstandorte mitgetragen würde, sofern ein externes Gutachten die Vorteilhaftigkeit einer Zusammenführung ebenfalls bestätigt. Mit dem Ergebnis des externen Gutachters ist Ende des ersten Quartals 2012 zu rechnen.

Die Ergebnisentwicklung für 2011 hängt maßgeblich von den gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen, dem Ausgang der Budget- und Entgeltverhandlung mit den Kostenträgern sowie der tatsächlichen Leistungsentwicklung ab. Weiterhin bestehen eine Unterfinanzierung insbesondere der Tarifsteigerungen sowie eine bei weitem nicht ausreichende Investitionsförderung, die mit Leistungs- bzw. Umsatzsteigerungen kaum mehr kompensiert werden können. Für 2011 muss daher mit einer deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation gerechnet werden. Um den Entwicklungen entgegen zu wirken, richtet sich die Strategie der Geschäftsführung neben der ständigen Überprüfung von Wirtschaftlichkeitspotenzialen in sämtlichen Betriebsbereichen schwerpunktmäßig auf Maßnahmen, die die Marktposition der Kliniken des Klinikverbunds Südwest stärken, das notwendige Wachstum fördern und die Erlöse sichern.

Es muss an dieser Stelle jedoch noch einmal hervorgehoben werden, dass unter den gegebenen gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen der immer noch bestehende erhebliche Nachholbedarf für bauliche und betriebliche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei dem gerade in der Region Stuttgart/Tübingen/Pforzheim stark ausgeprägten Verdrängungswettbewerb zukünftig nicht mehr allein mit den Mitteln des Krankenhausbetriebes erwirtschaftet werden kann.

Sofern es den Krankenhäusern in der beschriebenen starken Wettbewerbssituation nicht gelingen wird, die Marktposition zu verbessern und Marktanteile weiter zu erhöhen, wären darüber hinaus mittelfristig Betriebskostenzuschüsse durch die Gesellschafter zur Sicherstellung des Betriebes notwendig.

Wir streben für 2011 und 2012 auf Ebene des Konzerns sowie der Klinikverbund Südwest GmbH dennoch ein ausgeglichenes Ergebnis an.

Böblingen, 14. Oktober 2011  
Klinikverbund Südwest GmbH  
Geschäftsführung  
(gez.)  
Dr. Gunther K. Weiß, M.Sc.

### Kapitalzuführungen/-entnahmen durch den Landkreis Calw

Kapitalzuführungen bzw. -entnahmen durch den Landkreis Calw wurden nicht vorgenommen.

### Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2010	2009	2008
Anzahl Angestellte (Vollkräfte)	17	15	9

### Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR
Geschäftsführung (Angaben unterbleiben gem. § 286 Abs. 4 HGB)	k. A.	k. A.	k. A.
Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigung)	10.000	6.000	14.000

## 2. Mittelbare Beteiligungen über 50%

### 2.1 Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH (USN)

#### Allgemeine Angaben

Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH  
Gäuallee 5  
72202 Nagold

Telefon: 0 74 52 - 60 06 - 7050  
Telefax: 0 74 52 - 60 06 - 7777  
Homepage: [www.usn-info.de](http://www.usn-info.de)

#### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Einsammlung, der Transport, die Be- und Verarbeitung sowie die Verwertung von Abfällen und Abfallstoffen jeglicher Art und jeglicher Herkunft sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte und Dienstleistungen.

#### Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 100.000 EUR.  
Die Stammeinlagen werden gehalten von

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH	51.000	51,00 %
Alba plc & Co. KG aA	49.000	49,00 %
Summe	100.000	100,00%

#### Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat	Hans-Werner Köblitz, Landrat	Vorsitzender (bis 31.01.2010)
	Helmut Riegger, Landrat	Vorsitzender (ab 01.02.2010)
	Dr. Eric Schweitzer, Betriebswirt	Stv. Vorsitzender
	Jürgen Großmann, Oberbürgermeister	
	Siegfried Luz, Bürgermeister a. D.	
	Heinz Urbschat, Konrektor i. R.	
	Hermann Holstein, Diplom-Betriebswirt, Diplom-Ökonom	

	Frank Pickenhagen, Diplom-Kaufmann Carsten Strenger, Diplom- Wirtschaftsingenieur	(bis 31.03.2011) (ab 01.04.2011)
Geschäftsführer	Dr. Manfred Krieck, Dipl. Chemiker Christian Gmeiner, Dipl. Ökonom	

## Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck beinhaltet die Leistungen im Zusammenhang mit Einsammlung, Transport, Be- und Verarbeitung sowie der Verwertung von Abfällen und Abfallstoffen im Auftrag des Landkreises Calw. Dieser Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Umwelt Service GmbH Nordschwarzwald erfüllt.

## Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
<b>A K T I V A</b>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	2	2	1.343
Sachanlagen	1.971.902	1.458.350	1.324.163	1.410.172
Finanzanlagen				
Anlagevermögen	1.971.904	1.458.352	1.324.165	1.411.515
Vorräte	3.598	179.477	0	98.705
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.252.069	917.098	1.104.822	919.424
Flüssige Mittel	1.042.849	1.339.052	1.736.345	1.348.432
Umlaufvermögen	2.298.516	2.435.627	2.841.167	2.366.562
Rechnungsabgrenzungsposten	3.776	2.871	3.326	2.367
<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.274.196</b>	<b>3.896.850</b>	<b>4.168.658</b>	<b>3.780.443</b>
<b>P A S S I V A</b>				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000	100.000
Kapitalrücklagen	2.556.459	2.556.459	2.556.459	2.556.459
Gewinnvortrag	169.127	169.127	168.626	52
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	452.023	454.371	573.500	395.574
Eigenkapital	3.277.610	3.279.957	3.398.586	3.052.086
Rückstellungen	136.444	148.050	172.140	285.000
Verbindlichkeiten	860.142	468.843	597.932	443.358
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.274.196</b>	<b>3.896.850</b>	<b>4.168.658</b>	<b>3.780.443</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Umsatzerlöse	7.565.874	6.727.295	7.186.232	7.279.219
Sonstige betriebliche Erträge	45.752	42.376	100.559	43.633
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>7.611.626</b>	<b>6.769.672</b>	<b>7.286.791</b>	<b>7.322.852</b>
Materialaufwand	-5.720.978	-4.962.575	-5.257.913	-5.534.949
Personalaufwand	-612.820	-580.720	-582.996	-529.396
Abschreibungen	-185.877	-159.373	-162.304	-155.148
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-460.237	-447.607	-541.304	-499.458
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<b>-6.979.912</b>	<b>-6.150.275</b>	<b>-6.544.518</b>	<b>-6.718.951</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>631.714</b>	<b>619.397</b>	<b>742.274</b>	<b>603.901</b>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.235	20.702	63.438	38.455
Zinsen und ähnliche Aufwendungen				-63
<b>Finanzergebnis</b>	<b>6.235</b>	<b>20.702</b>	<b>63.438</b>	<b>38.392</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>637.948</b>	<b>640.099</b>	<b>805.711</b>	<b>642.293</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-175.707	-176.534	-223.277	-235.565
Sonstige Steuern	-10.218	-9.195	-8.933	-11.154
<b>Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag</b>	<b>452.023</b>	<b>454.371</b>	<b>573.500</b>	<b>395.574</b>

## Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2010	2009	2008	2007
<b>Anlagenintensität</b>				
Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	46,14%	37,42%	31,76%	37,34%
<b>Investitionsquote</b>				
Investitionen/Anlagevermögen*100	35,58%	25,72%	8,15%	17,35%
<b>Eigenkapitalquote</b>				
Eigenkapital/Bilanzsumme*100	76,68%	84,17%	81,53%	80,73%
<b>Anlagendeckung</b>				
Eigenkapital/Anlagevermögen*100	166,22%	224,91%	256,66%	216,23%
<b>Bankenverschuldung</b>				
Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
<b>Umsatzrentabilität</b>				
Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	5,97%	6,75%	7,98%	5,43%
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>				
Jahresergebnis/Eigenkapital*100	13,79%	13,85%	16,87%	12,96%
<b>Reinvestitionsquote</b>				
Investitionen/Abschreibungen*100	377,45%	235,35%	66,47%	157,84%
<b>Cash Flow</b>				
Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	626.295 EUR	589.654 EUR	622.944 EUR	665.737 EUR
<b>Personalkostenintensität</b>				
Personalkosten/Gesamtkosten*100	8,78%	9,44%	8,91%	7,88%

## Lagebericht der Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH

### A. Geschäft und Rahmenbedingungen

#### 1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die in 2010 einsetzende konjunkturelle Erholung in Baden-Württemberg hat dazu geführt, dass der drastische Mengenrückgang von Abfällen und Wertstoffen der Industriekunden aus dem Jahr 2009 zügig aufgeholt werden konnte. Aus dieser positiven Entwicklung heraus haben sich auch die Vermarktungserlöse für die Wertstoffe Altpapier, Altmetall und Kunststoffe recht schnell wieder auf einem hohen Niveau eingependelt.

Das Geschäftsfeld der Holzpellets hat sich aufgrund von Mengen- und Preissteigerungen in 2010 über dem Planansatz entwickelt. Bis Ende des Jahres konnten 5.765 t Holzpellets beim Endkunden ausgeliefert werden, was eine weitere Mengensteigerung von mehr als 10% gegenüber dem Jahr 2009 bedeutet.

#### 2. Umsatz und Auftragsentwicklung

Die Umsatzzahlen sind höher als geplant ausgefallen, was überwiegend auf die zusätzlichen zu entsorgenden Mengen im Rahmen des vorhandenen Verbundes für den Landkreis Calw, der Sperrmüll-/Gewerbeabfallmengen aus dem Schwarzwald-Baarkreis und die Entsorgung eines großen Bauvorhabens zurückzuführen ist.

Im Vergleich zu den Vorjahren konnte durch ein verbessertes Kostenmanagement im Materialaufwand und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen, bei nahezu gleich bleibenden Personalkosten, ein durchaus zufrieden stellendes Betriebsergebnis über dem Planansatz erwirtschaftet werden.

#### 3. Investitionen

Insgesamt wurden im Jahr 2010 702 T€ investiert. Für das noch im Bau befindliche Pelletzwischenlager wurden 466 T€ investiert, es wird im Mai 2011 in Betrieb genommen. Weitere wesentliche Investitionsposten waren Behälter und Container mit 70 T€, eine Sattelzugmaschine mit Auflieger mit 166 T€. Die Investitionen konnten aus dem laufenden cash flow finanziert werden.

#### 4. Personal- und Sozialbereich

Die Personalkosten konnten, trotz tarifbedingter Lohnsteigerungen, auf dem Planniveau gehalten werden. Insgesamt kann festgestellt werden, dass, bezogen auf die Personalkennzahl Umsatzerlöse pro Mitarbeiter, die USN mit 635 T€ pro Mitarbeiter erfolgreich agiert. Dies bezieht sich auch auf das Ergebnis von 38 T€ pro Mitarbeiter nach Steuern.

#### 5. Umweltschutz

Anfang des Wirtschaftsjahres 2010 wurde die USN wiederholt als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert.

## B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Jahresüberschuss von 638 T€ vor Steuern ab.

Das Holzpelletgeschäft entwickelt sich sehr gut.

Die Gesellschaft ist bezogen auf die finanzielle Situation liquide. Risiken sind nicht erkennbar.

## C. Zukunftsorientierte Berichterstattung

### 1. Risikobericht

Die sehr gute Marktpräsenz der USN im Landkreis Calw und im Nordschwarzwald, aber auch eine überaus erfolgreiche Kooperation bzw. Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern AWG GmbH und Alba plc & Co. KG aA, sind Garantien für ein durchaus stabiles und erfolgreiches Geschäft.

Risiken sind hier ebenfalls nicht erkennbar, die Verträge werden fortgeführt.

### 2. Prognose

Die weiter positive Mengen- und Umsatzentwicklung des Holzpelletgeschäftes im Jahre 2010 bestätigt und unterstreicht, dass es der richtige Schritt war die Investition in ein Pelletzwischenlager zu tätigen. Im ersten Quartal 2011 haben die großen namhaften Pelletkesselhersteller in Deutschland kräftig steigende Verkaufszahlen von Pelletheizanlagen gemeldet. Diese Entwicklung und der durch die Neuinvestition resultierende Marktvorteil im Einkauf von Holzpellets, wird das als dritte Säule bezeichnete Energielieferantengeschäft zukünftig weiter kontinuierlich wachsen lassen.

## D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

### 1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht zu erkennen.

Nagold, 29. April 2011

(gez.)

Dr. Manfred Kriek  
Geschäftsführer

(gez.)

Christian Gmeiner  
Geschäftsführer



## Kapitalzuführungen/-entnahmen durch den Landkreis Calw

Kapitalzuführungen bzw. -entnahmen durch den Landkreis Calw wurden nicht vorgenommen.

## Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2010	2009	2008
Anzahl Arbeitnehmer	11	11	11

## Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR
Geschäftsführung (Angaben unterbleiben gem. § 286 Abs. 4 HGB)	k. A.	k. A.	k. A.
Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und Aufwandsentschädi- gung)	105,00	0,00	297,43

## II. Weitere Beteiligungen (Unmittelbare Beteiligungen unter 25%)

### 1. Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH in Pforzheim (WFG)

#### Allgemeine Angaben

Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH  
Blücherstrasse 32  
75177 Pforzheim  
Tel. +49 7231 15 43 69-0  
Fax +49 7231 15 43 69-1  
[wfg@nordschwarzwald.de](mailto:wfg@nordschwarzwald.de)

#### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Region Nordschwarzwald durch eine gezielte Förderung der Wirtschaft, insbesondere mittels Anregung und Hilfestellung bei der Verwirklichung interkommunaler Gewerbegebiete, eines Regionalmarketings (nach innen und außen), die Entwicklung und Betreuung des vorhandenen Unternehmensbestandes, die Akquisition ansiedlungswilliger Unternehmen sowie die Information, Kooperation und Koordination in allen Bereichen der regionalen Wirtschaftsförderung.

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben arbeitet die Gesellschaft insbesondere mit den Gebietskörperschaften und den Organisationen der Wirtschaft in der Region zusammen. Die Gesellschaft ist eine körperschaftsteuerbefreite Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 18 KStG.

#### Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 91.200 EUR und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden wie folgt gehalten:

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Stadt Pforzheim	11.000 EUR	12,06
Enzkreis	11.000 EUR	12,06
Landkreis Calw	11.000 EUR	12,06
Landkreis Freudenstadt	11.000 EUR	12,06
Stadt Nagold	2.000 EUR	2,19
Stadt Bad Teinach-Zavelstein	300 EUR	0,33
Stadt Maulbronn	700 EUR	0,77
Gemeinde Niefern-Öschelbronn	1.200 EUR	1,32
Sparkasse Pforzheim Calw	16.000 EUR	17,54
Regionalverband Nordschwarzwald	8.000 EUR	8,77
Industrie- u. Handelskammer Nordschwarzwald	8.000 EUR	8,77
Kreissparkasse Freudenstadt	8.000 EUR	8,77
Handwerkskammer Karlsruhe	3.000 EUR	3,29
Summe	91.200 EUR	100,00

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck orientiert sich am Gegenstand des Unternehmens. Dieser wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft erfüllt.

## Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
<b>A K T I V A</b>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.013			
Sachanlagen	12.974	14.552	15.221	19.861
Anlagevermögen	13.987	14.552	15.221	19.861
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.957	20.395	27.589	7.741
Flüssige Mittel	241.069	262.920	274.493	173.283
Umlaufvermögen	255.026	283.315	302.081	181.024
Rechnungsabgrenzungsposten	1.167	1.231	423	61
<b>Bilanzsumme</b>	<b>270.179</b>	<b>299.098</b>	<b>317.725</b>	<b>200.946</b>
<b>P A S S I V A</b>				
Gezeichnetes Kapital	91.200	91.200	91.200	89.300
Gewinnrücklagen		119.300		
Gewinn-/Verlustvortrag			54.123	-115.845
Jahresüberschuss/-fehlbetrag			71.617	169.968
Bilanzgewinn (Ausweis ab 2009)	160.882	56.709		
Eigenkapital	252.082	267.209	216.941	143.423
Rückstellungen	12.000	25.000	90.500	7.500
Verbindlichkeiten	3.193	6.889	10.285	50.022
Rechnungsabgrenzungsposten	2.904			
<b>Bilanzsumme</b>	<b>270.179</b>	<b>299.098</b>	<b>317.725</b>	<b>200.946</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Umsatzerlöse	676.067	699.102	795.267	941.655
Sonstige betriebliche Erträge	4.235	43.143	577	207
Betriebliche Erträge	680.302	742.245	795.843	941.862
Materialaufwand (bezogene Leistungen)	-514.623	-459.294	-515.047	-572.309
Personalaufwand	-67.550	-136.261	-82.642	-73.858
Abschreibungen	-3.347	-2.957	-4.640	-5.095
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-112.746	-98.906	-130.942	-125.360
Betriebliche Aufwendungen	-698.266	-697.418	-733.271	-776.621
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-17.963</b>	<b>44.827</b>	<b>62.572</b>	<b>165.240</b>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.836	5.441	9.045	6.092
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	-1.364
Finanzergebnis	2.836	5.441	9.045	4.728
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-15.127</b>	<b>50.268</b>	<b>71.616</b>	<b>169.968</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	1	0
<b>Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag</b>	<b>-15.128</b>	<b>50.268</b>	<b>71.617</b>	<b>169.968</b>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	56.709	125.741		
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	119.300			
Einstellung in Gewinnrücklagen		-119.300		
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>160.882</b>	<b>56.709</b>		

## Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2010	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	5,18%	4,87%	4,79%	9,88%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	19,89%	15,72%	0,00%	52,84%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	93,30%	89,34%	68,28%	71,37%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	1802,26%	1836,24%	1425,27%	722,14%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	-2,24%	7,19%	9,01%	18,05%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	-6,00%	18,81%	33,01%	118,51%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	83,12%	77,38%	0,00%	205,99%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	-24.781 EUR	-12.275 EUR	159.257 EUR	175.363 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	9,67%	19,54%	11,27%	9,51%

## Lagebericht der Wirtschaftsförderung Nordschwarzwald GmbH zum Jahresabschluss 31.12.2010

### 1. Finanz- und Vermögenslage

Die Gesellschaft befindet sich in geordneten finanziellen Verhältnissen. Die Gesellschaft erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -15.127,29 €. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr und den Entnahmen aus den projektbezogenen Rücklagen ergibt sich demnach ein Bilanzgewinn von 160.881,81 €. Der Gesellschafterversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn als Gewinnvortrag auf das Geschäftsjahr 2011 zu übertragen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft die Stammeinlage über ein entsprechendes Guthaben auf einem Festgeldkonto abgedeckt.

Das von den zuständigen Gremien zugewiesene Jahresbudget wurde satzungsgemäß verwendet. Die Gesellschaft ist schuldenfrei.

## 2. Geschäftsverlauf 2010

Die Gesellschaft hat 2010 die Sympathiekampagne weiter vorangebracht. Die Homepage für die Region Nordschwarzwald sowie der Internet-Neuauftritt der Wirtschaftsförderung Nordschwarzwald GmbH wurden Anfang Oktober 2010 freigeschaltet.

Weiterhin wurden planmäßig Messeauftritte auf der Hannover Messe in Kooperation mit kleinen und mittleren Unternehmen aus der Region sowie auf der Expo Real in München in Kooperation mit regionalen Kommunen und der Sparkasse Pforzheim Calw realisiert.

Die Kooperation mit dem Technologiezentrum Horb bezüglich der Koordination und der Pflege des Unternehmensnetzwerks „INNONET Kunststoff“ wurde erfolgreich weitergeführt. In diesem Zusammenhang wurde ein gemeinsamer Messestand auf der hybrida in München sowie auf der Stanztec in Pforzheim konzipiert und realisiert.

## 3. Personelle Entwicklung

Der Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Steinbeis-Stiftung bestand bis zum 31.12.2010. Die darin enthaltene Personalleistung wurde vertragsmäßig zur Verfügung gestellt. Die zuständigen Gremien sprachen sich in ihrer Sitzung vom 30.09.2010 für die Beendigung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit Steinbeis zum 31.12.2010 aus. Somit endete auch die Beschäftigung von 2 Mitarbeiterinnen sowie der Geschäftsführerin durch Steinbeis für die WFG zum 31.12.2010.

Der Aufsichtsrat beschloss einstimmig die Abberufung der Geschäftsführerin Frau Claudia Stöhrle zum 31.12.2010.

## 4. Geschäftsrisiken

Es sind derzeit keine akuten Geschäftsrisiken bekannt. Das immanent vorhandene Risiko einer Verringerung der Gesellschafterbeiträge reduziert sich durch die korrespondierende Erstellung eines ausgeglichenen Budgets unter Berücksichtigung der zugesagten Umlagen.

## 5. Voraussichtliche Entwicklung

Die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft wird weiterhin als positiv eingeschätzt.

Zum 01.01.2011 wurde Jens Mohrmann zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Das bisher bei Steinbeis beschäftigte Personal wurde ab dem 01.01.2011 direkt bei der Gesellschaft angestellt.

Die Gesellschafter haben in der Gremiensitzung vom 30.09.2010 das Budget für das Jahr 2011 verabschiedet. Dabei wurde eine um 20% reduzierte Umlagen-Finanzierung für das Geschäftsjahr 2011 beschlossen. Die Handwerkskammer Karlsruhe wird auch in 2011 einen Umlagebeitrag in reduzierter Höhe von 8.000,00 € einbringen.

Durch die neue Geschäftsführung wird in Abstimmung mit den Gesellschaftern und dem Aufsichtsrat eine neue Geschäfts- und Aufgabenstrategie für die kommenden Jahre für die Gesellschaft entwickelt. Weitere Kommunen aus der Region planen einen Beitritt als Gesellschafter im Jahr 2011.

## 6. Zusammenfassung

Die Gesellschaft befindet sich in geordneten Verhältnissen und kann ihrem Geschäftszweck ungehindert nachgehen.

Pforzheim, 04. März 2011

(gez.)

Jens Mohrmann

## 2. SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH in Freudenstadt

### Allgemeine Angaben

SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH  
Lauterbadstraße 5  
72250 Freudenstadt  
Tel.: 07441 / 864 716  
Fax: 07441 / 864 729  
E-Mail: [info@schwarzwald-musikfestival.de](mailto:info@schwarzwald-musikfestival.de)  
Internet: [www.schwarzwald-musikfestival.de](http://www.schwarzwald-musikfestival.de)

### Gegenstand des Unternehmens

Aufgabe und Zweck der Gesellschaft sind die Organisation und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen wie Konzerten, Musiktheater- und Vortragsveranstaltungen in Gemeinden des Schwarzwaldes, insbesondere im Rahmen des Schwarzwald Musikfestivals. Die SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH kann als Träger einer regionalen Kulturförderung zur Verfügung stehen.

In Zusammenhang mit anderen Organisationen und Einrichtungen zur Förderung von Kunst und Kultur will die Gesellschaft einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Musikkultur in der Region leisten.

### Beteiligungsverhältnisse

Durch die Aufnahme des Landkreises Freudenstadt als weiteren Gesellschafter wurde das Stammkapital von 48.750 EUR auf 52.500 EUR erhöht.

Davon haben folgende Stammeinlagen übernommen als Gesellschafter:

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Stadt Freudenstadt	7.500	14,29
Gemeinde Baiersbronn	7.500	14,29
Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestivals e.V., Baiersbronn	15.000	28,57
Landkreis Calw	3.750	7,14
Landkreis Rottweil	3.750	7,14
Herr Mark Mast, München	3.750	7,14
Hochschwarzwald Tourismus GmbH, Titisee-Neustadt	7.500	14,29
Landkreis Freudenstadt	3.750	7,14
Summe	52.500	100,00



## Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
<b>A K T I V A</b>				
Sachanlagen	349	567	874	374
Anlagevermögen	349	567	874	374
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.467	16.169	28.487	38.707
Flüssige Mittel	10.680	6.097	61.044	93
Umlaufvermögen	20.146	22.266	89.531	38.800
Rechnungsabgrenzungsposten	187	3.646	1.665	2.297
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	57.204	62.460	123.435	44.233
<b>Bilanzsumme</b>	<b>77.886</b>	<b>88.939</b>	<b>215.504</b>	<b>85.703</b>
<b>P A S S I V A</b>				
Gezeichnetes Kapital	52.500	48.750	41.250	33.750
Verlustvortrag	-111.210	-164.685	-77.983	-32.960
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.506	53.475	-86.702	-45.023
Nicht gedeckter Fehlbetrag	57.204	62.460	123.435	44.233
Eigenkapital	0	0	0	0
Rückstellungen	12.150	6.950	9.650	6.900
Verbindlichkeiten	65.736	81.564	156.954	78.803
Rechnungsabgrenzungsposten	0	425	48.900	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>77.886</b>	<b>88.939</b>	<b>215.504</b>	<b>85.703</b>

Nach der Bilanz zum 31.12.2010 mit einem Stammkapital von 52.500,00 EUR, einer Verrechnung des Verlustvortrags von 111.210,00 EUR und eines Jahresüberschusses von 1.506,09 EUR verbleibt am Bilanzstichtag eine Kapitalunterdeckung in Höhe von 57.203,91 EUR.

Nach § 64 Abs. 1 GmbHG besteht Insolvenzantragspflicht, wenn die Gesellschaft zahlungsunfähig ist oder eine Überschuldung vorliegt.

Eine Überschuldung der Gesellschaft liegt jedoch nicht vor, da es sich bei den in den "Sonstigen Verbindlichkeiten" ausgewiesenen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 60.000,00 EUR um juristisch geprüfte eigenkapitalersetzende Darlehen handelt.

Die Gesellschafterdarlehen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Gesellschafter	Stand 01.01.2010	Zugang 2010	Abgang 2010	Stand 31.12.2010
Mark Mast, München	72.000,00	0,00	12.000,00	60.000,00
Summe	72.000,00	0,00	12.000,00	60.000,00

Gewinn- und Verlustrechnung	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Umsatzerlöse	186.110	164.088	186.309	120.123
Sonstige betriebliche Erträge	161.413	156.844	109.269	69.287
Betriebliche Erträge	347.522	320.932	295.578	189.410
Materialaufwand	-154.965	-130.947	-214.765	-86.156
Personalaufwand	-98.714	-93.139	-95.913	-89.453
Abschreibungen	-218	-425	-364	-158
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-90.402	-88.384	-69.180	-58.185
Betriebliche Aufwendungen	-344.299	-312.895	-380.222	-233.952
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>3.223</b>	<b>8.037</b>	<b>-84.644</b>	<b>-44.542</b>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	266	1.085	1.011	10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.983	-2.816	-3.069	-491
Finanzergebnis	-1.717	-1.730	-2.058	-480
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>1.506</b>	<b>6.307</b>	<b>-86.702</b>	<b>-45.023</b>
Außerordentliche Erträge	0	47.168	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	47.168	0	0
<b>Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag</b>	<b>1.506</b>	<b>53.475</b>	<b>-86.702</b>	<b>-45.023</b>

## Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2010	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	0,45%	0,64%	0,41%	0,44%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	0,00%	20,93%	98,89%	33,52%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	0,81%	32,59%	-46,54%	-37,48%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	--	--	--	--
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	0,00%	27,91%	237,44%	79,14%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	6.924 EUR	51.200 EUR	-83.588 EUR	-43.554 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	28,67%	29,77%	25,23%	38,24%

## Lagebericht

Entfällt nach § 264 Abs. 1 Satz 3 i.V.m § 267 Abs. 1 HGB

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Organisation und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen. Die Gesellschaft arbeitet ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig und selbstlos im Sinne des dritten Abschnitts der Abgabenordnung.

Der öffentliche Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit erfüllt.

### 3. Schwarzwald Tourismus GmbH, Freiburg (STG)

#### Allgemeine Angaben

Schwarzwald Tourismus GmbH  
Postfach 1660, 79016 Freiburg  
Ludwigstr. 23, 79104 Freiburg

Tel.: +49 761 896460

Fax: +49 761 8964670

E-mail: [mail@schwarzwald-tourismus.info](mailto:mail@schwarzwald-tourismus.info)

Homepage: [www.schwarzwald-tourismus.info](http://www.schwarzwald-tourismus.info)

Nach der Neustrukturierung der Schwarzwald Tourismus GmbH im Jahr 2009 wurde die Gesellschaft erstmals in den Beteiligungsbericht 2010 des Landkreises Calw aufgenommen. Die Daten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden daher nur für die Geschäftsjahre 2008 bis 2010 dargestellt, die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen für die Jahre 2009 und 2010.

#### Gegenstand des Unternehmens

Ziel der Gesellschaft ist es, den Tourismus im Schwarzwald zu fördern, die Kräfte des Marketings für die Dachmarke Schwarzwald zu bündeln und den Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad des Schwarzwaldes als Urlaubs- und Erholungsregion zu steigern. Die Gesellschaft hat die Funktion eines Tourismusdachverbandes.

#### Aufgaben der Gesellschaft:

##### Die Gesellschaft

- fördert und unterstützt die naturnahe, ökologische, nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung des Tourismus und des Kurwesens im Schwarzwald,
- trägt zur positiven Imagebildung des Schwarzwaldes als Dachmarke national und international bei,
- sorgt für die Bekanntheit und die Verbreitung des touristischen Angebotes des Schwarzwaldes und trägt zu einem optimierten Informationsservice für potentielle Gäste und Interessenten bei,
- entwickelt, betreibt und aktualisiert ein eindeutiges und unverwechselbares Erscheinungsbild des Schwarzwaldes als Urlaubs- und Erholungsregion und fördert den Bekanntheitsgrad des Schwarzwaldes,
- koordiniert und fördert die Vermarktung des touristischen Angebotes unter dem Dach des touristischen Markenbegriffs,
- betreibt das operative touristische Marketinggeschäft für den gesamten Schwarzwald,
- bezieht privatwirtschaftliche Unternehmen in ihre Marketingaktivitäten ein und koordiniert gemeinsame Werbung für die Marke Schwarzwald,
- fördert Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Verbesserung des touristischen Angebotes,
- bedient sich zur Erledigung ihrer Aufgaben eines Marketingkonzeptes und schreibt dieses fort und setzt es um,

- nimmt ihre Aufgaben im gemeinsamen Interesse der Tourismusbranche und allen sonstigen vom Tourismus profitierenden Betrieben im Schwarzwald wahr,
- verfolgt öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Die tourismuspolitischen Aufgaben werden als Klammerfunktion für den gesamten Schwarzwald gegenüber dem Bund, dem Land und den Fach- und Dachverbänden vertreten.
- anerkennt die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Institutionen und Verbänden des Schwarzwaldes, die sich ebenfalls um die Förderung des Tourismus bemühen. Diese Institutionen und Verbände können ihre Interessen in einen Fachbeirat einbringen, welcher durch die Gesellschaft eingerichtet wird. Der Fachbeirat ist aus dem Landkreis-Tourismusausschuss zu entwickeln.

## Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 101.400 EUR.  
Die Geschäftsanteile werden wie folgt gehalten:

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
KMK Karlsruher Messe- und Kongress GmbH	1.000	0,99
Stadt Pforzheim	250	0,25
Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH	900	0,89
Landkreis Calw	8.300	8,19
Landkreis Rastatt	3.400	3,35
Enzkreis	800	0,79
Landkreis Freudenstadt	10.700	10,55
Landkreis Schwarzwald-Baar	9.550	9,42
Landkreis Rottweil	1.700	1,68
Ortenaukreis	17.150	16,91
Freiburg Wirtschaft, Touristik und Messe GmbH & Co. KG	1.250	1,23
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	26.600	26,23
Landkreis Emmendingen	3.100	3,06
Landkreis Lörrach	6.850	6,76
Landkreis Waldshut	8.450	8,33
Landkreis Karlsruhe	1.400	1,38
Summe	101.400	100,00

Beteiligungen des Unternehmens:

Die Schwarzwald Tourismus GmbH hält Geschäftsanteile an der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg von 20,3% (Anteil am Stammkapital 23.403 EUR).

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck wird im Gesellschaftsvertrag durch die Beschreibung der Aufgaben der Gesellschaft festgelegt. Er wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfüllt.

## Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR
<b>A K T I V A</b>			
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.005	3.921	4.715
Sachanlagen	74.208	81.484	57.092
Finanzanlagen	23.403	23.403	23.400
Anlagevermögen	102.616	108.808	85.207
Vorräte	14.478	14.329	10.313
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	288.680	400.657	503.813
Flüssige Mittel	510.807	659.949	528.309
Umlaufvermögen	813.965	1.074.934	1.042.435
Rechnungsabgrenzungsposten	2.353	1.448	1.087
<b>Bilanzsumme</b>	<b>918.934</b>	<b>1.185.190</b>	<b>1.128.728</b>
<b>P A S S I V A</b>			
Gezeichnetes Kapital	101.400	101.400	100.000
Gewinnvortrag	77.351	38.100	24.285
Jahresüberschuss	98.100	39.252	13.814
Eigenkapital	276.851	178.751	138.100
Rückstellungen	103.163	142.127	134.804
Verbindlichkeiten	538.440	864.312	855.825
Rechnungsabgrenzungsposten	480		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>918.934</b>	<b>1.185.190</b>	<b>1.128.728</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR
Umsatzerlöse	3.055.413	3.275.841	3.364.462
Sonstige betriebliche Erträge	421.314	387.215	596.590
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>3.476.727</b>	<b>3.663.057</b>	<b>3.961.052</b>
Materialaufwand	-1.552.063	-1.761.430	-2.170.197
Personalaufwand	-1.162.851	-1.192.349	-1.102.376
Abschreibungen	-28.293	-24.310	-33.639
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-610.239	-657.661	-653.166
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<b>-3.353.446</b>	<b>-3.635.750</b>	<b>-3.959.378</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>123.281</b>	<b>27.307</b>	<b>1.674</b>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17.052	27.646	19.864
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-306	-300	-300
<b>Finanzergebnis</b>	<b>16.745</b>	<b>27.346</b>	<b>19.564</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>140.027</b>	<b>54.652</b>	<b>21.238</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-41.335	-15.392	-7.423
Sonstige Steuern	-592	-8	-1
<b>Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag</b>	<b>98.100</b>	<b>39.252</b>	<b>13.814</b>

## Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2010	2009
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	11,17%	9,18%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	21,54%	44,23%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	30,13%	15,08%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	269,79%	164,28%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	3,21%	1,20%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	35,43%	21,96%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	78,11%	197,94%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	87.428 EUR	70.885 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	34,68%	32,80%

## Lagebericht der STG

### Allgemeine Lage und Entwicklung der Gesellschaft

Die Schwarzwald Tourismus GmbH (STG) wurde am 18.10.2001 gegründet und hat ihren Sitz in Freiburg. Die rechtliche Unternehmensstruktur hat sich im Geschäftsjahr 2010 nicht verändert.

Wir unterstützen die naturnahe, ökologische, nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung des Tourismus und des Kurwesens im Schwarzwald. Unser Auftrag ist die Imagebildung des Schwarzwaldes als Dachmarke national und international. Die STG sorgt für die Bekanntheit und die Verbreitung des touristischen Angebotes des Schwarzwaldes und trägt zu einem optimierten Informationsservice für potentielle Gäste und Interessenten bei.

Die Gesellschaft koordiniert und fördert die Vermarktung des touristischen Angebotes unter dem Dach des touristischen Markenbegriffs durch das operative touristische Marketinggeschäft für den gesamten Schwarzwald in Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Unternehmen.

Die Gesellschaft verfolgt öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Die tourismuspolitischen Aufgaben werden als Klammerfunktion für den gesamten Schwarzwald gegenüber dem Bund, dem Land und den Fach- und Dachverbänden vertreten. Die Zusammenarbeit mit den Institutionen und Verbänden des Schwarzwaldes, die sich ebenfalls um die Förderung des Tourismus bemühen, wird durch einen Fachbeirat und intensive Gremienarbeit sichergestellt.

Der Entwicklung des Tourismus im Schwarzwald diene auch im Jahr 2010 die Bearbeitung verschiedener Themenbereiche (Profilthemen Wandern und Mountainbike/Rad, sowie Wellness und Essen & Trinken) durch geeignete Marketingmaßnahmen.

Unterstützt wurde dies durch die Organisation und finanzwirtschaftliche Abwicklung der KONUS-Gästekarte und der SchwarzwaldCard.

Durch zahlreiche Messebeteiligungen, Präsentationen bei verschiedenen Veranstaltungen, Werbekampagnen, ausdrucksstarke und informative Printmedien, den Schwarzwaldkatalog, zahlreiche Aktivitäten in der Presse/Medien- und PR-Arbeit und schließlich auch durch die Präsentation unseres Internetauftritts haben wir das Markenversprechen „herz.erfrischend.echt.“ weiter transportieren können.

Die Geschäftsentwicklung der Schwarzwald Tourismus GmbH war insgesamt zufriedenstellend. Für 2011 rechnen wir mit einer Fortsetzung der günstigen Entwicklung.

Die gesamtwirtschaftliche konjunkturelle Erholung kam im Jahr 2010 auch dem Schwarzwald Tourismus zugute. Träger des Wachstums war die Auslandsnachfrage. Im Vergleich zum Vorjahr konnten wir bei den Übernachtungen einen Zuwachs von 6,9% und bei den Ankünften einen Zuwachs von 7,2% aus dem Ausland vorweisen.



## Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Schwarzwald Tourismus GmbH hat sich im Geschäftsjahr 2010 insgesamt positiv entwickelt. Die Gewinn- und Verlustrechnung der Schwarzwald Tourismus GmbH schließt mit einem Jahresüberschuss von € 98.099,60 ab. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2010, der durch den Aufsichtsrat beschlossen wurde, ging von Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 3.541.181,00 aus. Tatsächlich wurden Umsatzerlöse und Erträge in Höhe von € 3.493.778,79 und Aufwendungen und Abschreibungen in Höhe von € 3.395.679,19 getätigt. Durch eigene Maßnahmen generiert die Schwarzwald Tourismus GmbH inzwischen Erlöse von nunmehr € 1.528.738,95.

Die Defizitausgleichszahlung der Gesellschafter und des Landes Baden-Württemberg betrug € 1.974.020,40. Erfreulich ist, dass auch die in diesem Betrag beinhaltete Marketingzahlung des Landes in Höhe von € 350.000,00 in der vollen Höhe geleistet wurde. Die Personalkosten fallen mit € -127.290,40 rund 9,86% geringer aus als geplant.

Der Cashflow betrug im Berichtszeitraum € 126.392,19. Die Finanzlage ist ausgeglichen. Es bestehen ausreichend liquide Mittel. Mit einer geordneten Vermögens- und Finanzlage sehen wir eine wesentliche Voraussetzung erfüllt, um auch in Zukunft erfolgreich arbeiten zu können.

Die Bilanzsumme der Schwarzwald Tourismus GmbH belief sich zum Bilanzstichtag auf € 918.934,03. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr 2009 (€ 1.185.190,08) um -22,47% verringert. Mit dem im Jahr 2010 erzielten Jahresüberschuss von € 98.099,60 konnte das Eigenkapital weiter aufgestockt werden und beträgt nun € 276.850,78. Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt damit zum Abschlussstichtag 30,13% des Gesamtkapitals gegenüber 15,08% im Vorjahr.

## Voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

Die Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung vor dem Hintergrund der konjunkturellen Situation ist positiv. Nicht zuletzt wegen der auf Gesellschafterbeiträge ausgerichteten Finanzierung der Gesellschaft erscheint die Umsetzung der Unternehmensziele auch im Jahr 2011 gesichert.

Der Wirtschaftsplan 2011 geht von einem Haushaltsvolumen von € 3.496.376,00 aus. Im Bereich Marketing sind Ausgaben von € 1.685.450,00 und Einnahmen von € 1.263.200,00 geplant. Hier ist der Einsatz von € 422.250,00 Eigenmitteln vorgesehen. Die Beiträge der Gesellschafter belaufen sich unverändert auf € 1.624.021,00 und die Beiträge des Landes für Marketingmaßnahmen auf € 350.000,00.

Besondere Risiken mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht zu sehen. Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Mit den neuen Projekten: Schwarzwald-Balance, echte Gastlichkeit und ZUMO (Zukunftsmobilität) rechnen wir auch weiterhin mit einem im Branchenvergleich befriedigenden Ergebnis. Auch zukünftig gilt es die Stärke der Marke Schwarzwald deutlich herauszustellen und zu unterstützen.

Im Jahresdurchschnitt wurden 25 Mitarbeiter und 4 Auszubildende beschäftigt.

Es bestehen Niederlassungen der Gesellschaft in Pforzheim und Villingen-Schwenningen.

Freiburg, den 21. April 2011  
Schwarzwald Tourismus GmbH  
(gez.)  
Christopher Krull, Geschäftsführer

## 4. Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH, Sindelfingen (GWW)

### Allgemeine Angaben

Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH Sindelfingen  
Zentralverwaltung  
Robert-Bosch-Str. 15  
71116 Gärtringen

Telefon: 07034 / 27041-0  
Telefax: 07034 / 27041-103  
E-mail: [kontakt@gww-netz.de](mailto:kontakt@gww-netz.de)  
Homepage: [www.gww-netz.de](http://www.gww-netz.de)

### Gegenstand des Unternehmens

Aufgabe und Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich und unmittelbar die Förderung der Wohlfahrtspflege sowie mildtätiger Zwecke im Sinne des § 53 Nr. 1 AO und der Hilfe für Menschen mit Behinderung. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch die Schaffung und den Betrieb von Einrichtungen zur Betreuung und Förderung von Menschen mit Behinderung.

Alle Einrichtungen und Maßnahmen der Gesellschaft sollen Menschen mit Behinderung fördern und ihnen helfen, einen geeigneten Platz im Arbeitsleben und in der Gesellschaft zu finden.

Die Gesellschaft bietet für Menschen mit Behinderung geeignete Maßnahmen der Eingliederungshilfe für Tagesbetreuung, Förderung und Betreuung, betreute und begleitete Wohnformen und die notwendigen Hilfen zur Eingliederung ins Arbeitsleben an. Für diejenigen Personen, die wegen ihrer Behinderung unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes keine Arbeit finden, stellt die Gesellschaft Dauerarbeits- und Beschäftigungsplätze im Arbeitsbereich der Werkstätten für Behinderte zur Verfügung.

In diesem Rahmen gehört zu den Aufgaben der Gesellschaft auch der notwendige Transport der betreuten Personen.

Die Gesellschaft ist Mitglied im diakonischen Werk der evangelischen Kirche Baden-Württemberg e.V.

## Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 15.300.000 EUR und wird von den Gesellschaftern zu jeweils gleichen Teilen gehalten.

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Landkreis Böblingen	900.000	5,88
Landkreis Calw	900.000	5,88
Stadt Böblingen	900.000	5,88
Stadt Sindelfingen	900.000	5,88
Stadt Herrenberg	900.000	5,88
Stadt Calw	900.000	5,88
Stadt Leonberg	900.000	5,88
Stadt Nagold	900.000	5,88
Lebenshilfe OV Böblingen e.V.	900.000	5,88
Lebenshilfe OV Sindelfingen e.V.	900.000	5,88
Lebenshilfe OV Herrenberg e.V.	900.000	5,88
Lebenshilfe OV Calw. e.V.	900.000	5,88
Lebenshilfe OV Oberes Nagoldtal e.V.	900.000	5,88
Verein für Körperbehinderte Kreis Böblingen e.V.	900.000	5,88
Fortis e.V. Böblingen	900.000	5,88
Arbeitskreis offene Psychiatrie Calw e.V.	900.000	5,88
Behindertenhilfe Leonberg e.V.	900.000	5,88
Summe	15.300.000	100,00

Der auf jeden Gesellschafter entfallende Teilbetrag von 900.000,00 EUR setzt sich zusammen aus:

Ursprüngliche Einlage der Gesellschafter	2.556,46 EUR
Geschäftsanteile aus Kapitalerhöhungen	897.443,54 EUR

Beteiligungen des Unternehmens:

Die Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH ist zu 10% an der FEMOS GmbH, Gärtringen, beteiligt.

## Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
<b>A K T I V A</b>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	532.000	116.830	185.832	259.737
Sachanlagen	34.209.210	35.226.327	37.239.619	37.641.297
Finanzanlagen	2.000.920	2.289.321	2.320.719	2.600.891
Anlagevermögen	36.742.130	37.632.478	39.746.170	40.501.925
Vorräte	3.355.127	3.490.553	4.101.479	3.834.383
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.660.596	5.544.157	5.771.959	8.405.612
Flüssige Mittel	4.507.063	3.233.550	2.953.143	3.369.009
Umlaufvermögen	13.522.786	12.268.260	12.826.582	15.609.003
Rechnungsabgrenzungsposten	199.155	224.907	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>50.464.071</b>	<b>50.125.646</b>	<b>52.572.751</b>	<b>56.110.928</b>
<b>P A S S I V A</b>				
Gezeichnetes Kapital	15.300.000	15.300.000	15.300.000	15.300.000
Gewinnrücklagen	16.713.736	16.735.422	16.735.422	16.605.422
Gewinnvortrag	0	1.848	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (2007/2008: Bilanzgewinn)	946.387	-885.362	1.848	2.441
Eigenkapital	32.960.122	31.151.908	32.037.270	31.907.863
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlage- vermögens	8.482.045	9.212.275	9.938.984	10.122.447
Rückstellungen	3.421.486	5.069.869	5.741.968	6.317.750
Verbindlichkeiten	5.600.419	4.691.595	4.854.530	7.762.868
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>50.464.071</b>	<b>50.125.646</b>	<b>52.572.751</b>	<b>56.110.928</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Umsatzerlöse	67.854.283	56.192.043	76.789.175	83.230.888
Erhöhung (+) oder Verminderung (-) des Bestands an fertigen und unferti- gen Erzeugnissen	11.432	-304.774	273.140	317.060
Andere aktivierte Eigenleistungen	365.865	348.821	437.628	217.958
Sonstige betriebliche Erträge	9.353.451	10.086.326	9.015.938	8.570.270
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>77.585.030</b>	<b>66.322.415</b>	<b>86.515.881</b>	<b>92.336.176</b>
Materialaufwand	-26.839.426	-19.908.468	-37.153.483	-44.554.068
Personalaufwand	-35.451.962	-33.441.239	-35.450.497	-33.623.406
Abschreibungen	-3.690.888	-3.894.568	-3.743.692	-3.785.454
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.433.471	-10.038.473	-11.523.008	-9.246.970
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<b>-76.415.746</b>	<b>-67.282.748</b>	<b>-87.870.679</b>	<b>-91.209.897</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>1.169.285</b>	<b>-960.333</b>	<b>-1.354.798</b>	<b>1.126.279</b>
Erträge aus Beteiligungen	0	0	1.350.000	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	74.478	112.962	175.614	254.081
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-87.331	-37.991	-41.409	-39.457
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-12.853</b>	<b>74.971</b>	<b>1.484.205</b>	<b>214.624</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Ge- schäftstätigkeit</b>	<b>1.156.432</b>	<b>-885.362</b>	<b>129.407</b>	<b>1.340.902</b>
Außerordentliche Erträge	65.354			
Außerordentliche Aufwendungen	-275.399			
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-210.045</b>			
<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>946.387</b>	<b>-885.362</b>	<b>129.407</b>	<b>1.340.902</b>
Gewinnvortrag			2.441	2.539
Zuführung zu Rücklagen			-130.000	-1.341.000
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	<b>946.387</b>	<b>-885.362</b>	<b>1.848</b>	<b>2.441</b>

## Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2010	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	72,81%	75,08%	75,60%	72,18%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	8,67%	5,07%	12,09%	21,38%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	65,31%	62,15%	60,94%	56,87%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	89,71%	82,78%	80,60%	78,78%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	2,18%	2,36%	2,18%	2,17%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	1,39%	-1,58%	0,17%	1,61%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	2,87%	-2,84%	0,40%	4,20%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	86,33%	48,97%	128,40%	228,80%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	2.989 TEUR	2.337 TEUR	3.297 TEUR	4.429 TEUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	46,39%	49,70%	40,34%	36,86%

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt gemäß ihrer Satzung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Der öffentliche Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit des Unternehmens erfüllt.

## Lagebericht der Gemeinnützigen Werk- und Wohnstätten GmbH 2010

### A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

#### 1. Rahmenbedingungen

In Deutschland werden in 672 Hauptwerkstätten ca. 285.000 Menschen mit einer Behinderung gefördert, betreut und beschäftigt.<sup>1</sup> Viele Träger von Werkstätten haben zugleich die Aufgabe übernommen, differenzierte Wohnformen zu entwickeln und am Bedarf auszurichten. Gesetzliche Grundlage für Werkstätten und Wohnstätten für Men-

1) Quelle: BAG WfbM 2/2011

schen mit einer Behinderung sind vor allem die Sozialgesetzbücher IX und XII mit dazugehörigen Rechtsverordnungen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise scheint in 2010 überwunden zu sein. Der Nachfrageeinbruch in 2008/2009 wurde in der Industrie, insbesondere im Automobilbereich, wieder durch steigenden Auftragseingang und steigende Umsätze weitgehend ausgeglichen. Diese Entwicklung hängt überwiegend von den Exportaufträgen ab. Bei den Industrieunternehmen wurden in der Zeit der Krise die Kosten analysiert und, soweit möglich, konsequent gesenkt, teilweise durch Konzentration der Aufträge im eigenen Werk oder bei Mitbewerbern. Diese Reduzierungen konnten in der Erholungsphase kaum mehr rückgängig gemacht werden. Trotzdem haben wir von der deutlich verbesserten Lage unserer Industriekunden profitiert, insbesondere im Automobil- und Elektrobereich. Inwieweit sich diese Entwicklung stabilisiert, bleibt abzuwarten.

Die GWW bietet in ihrem Einzugsgebiet, den Regionen Sindelfingen, Herrenberg, Calw und Nagold, Arbeits-, Betreuungs- und Wohnplätze für Menschen mit einer Behinderung an.

Im WfbM<sup>2</sup>-Bereich beträgt die durch Leistungsvereinbarungen anerkannte Kapazität 984 Plätze, davon 104 Plätze im Förder- und Betreuungsbereich; im Wohnstättenbereich (inkl. ABW<sup>3</sup> + Tagesstruktur) rd. 420 Plätze; im Berufsbildungsbereich gehen wir von einer Platzzahl von 140 aus.

Ziel der Betreuung und Förderung in den Werk- und Wohnstätten ist es, den betroffenen Personen ein Leben möglichst der Normalität angenähert zu ermöglichen.

Entsprechend dem Leitbild der GWW sollen alle Angebote und Maßnahmen der beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung dienen. Dabei versuchen wir, soweit es die gegebenen Bedingungen zulassen, die Arbeits- und Betreuungsangebote den Bedürfnissen und Erwartungen der betroffenen Personen anzupassen und damit, soweit möglich, eine eigenständige und selbstbestimmte Lebensweise zu ermöglichen.

Die Gesellschaft hat Zweigniederlassungen in Sindelfingen, Herrenberg, Calw und Nagold.

## 2. Geschäftsverlauf und -ergebnis

Im Jahr 2010 ist es gelungen, deutlich über dem wirtschaftlichen Plan abzuschließen und ein zufriedenstellendes Ergebnis zu erzielen.

So wie die GWW im Krisenjahr 2009 ihre Prozesse auf Potenziale angesehen hat und dies auch dauerhaft tun wird, handhaben das spürbar auch die Partner in der Industrie. Der sparsame, sorgfältige und entschiedene Umgang mit Ressourcen wird immer stärker prägend für alle Bereiche. Dennoch haben sich die Personalumfänge im Jahr 2010 erweitert. Dies ist zum einen dem Anziehen der wirtschaftlichen Prozesse geschuldet,

---

2) WfbM= Werkstatt für behinderte Menschen

3) ABW= ambulant betreutes Wohnen



zum anderen unserer Auslegung der Betreuungs- und Begleitungsstandards in allen Bereichen.

Erfreulich ist, dass mit beiden großen Leistungsträgern, dem Sozialleistungsträger und der Agentur für Arbeit, Leistungsentgelterhöhungen vereinbart werden konnten. Das Verfahren war konstruktiv.

Die Liquidität hat sich wieder auf einem ausreichend hohen Niveau stabilisiert. Damit konnten die erforderlichen Investitionen, Anlagen und Projekte in Höhe von ca. 3,2 Mio. € und die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen aus Eigenmitteln finanziert werden.

Qualitätsmaßstab für die GWW ist nicht vorrangig der wirtschaftliche Erfolg, sondern die Qualität der Betreuungs- und Förderleistungen und die Zufriedenheit der betreuten Personen.

Ausreichende Jahresüberschüsse und genügend verfügbare Liquidität sind zwar nicht das Ziel des unternehmerischen Handelns der GWW, jedoch unabdingbare Voraussetzungen zur nachhaltigen Erfüllung der gemeinnützigen Aufgaben und zur Zukunftssicherung des Unternehmens.

## 2.1. Betreuung

Die Teilhabe der Menschen mit Behinderungen war auch 2010 das leitende Thema der Arbeit der GWW.

Im Sinne des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (im folgenden UN-Behindertenrechtskonvention genannt) haben wir stetig nach Möglichkeiten gesucht, unsere Menschen mit Behinderung bei der Ausgestaltung unserer Angebote einzubinden.

Im Betreuungsbereich hat die Belegung um rund 1,6% zugenommen. (2010 1.651 durchschnittlich belegte Plätze, 2009 1.625 durchschnittlich belegte Plätze).

Der Bereich der Begleitung in Arbeit wuchs moderat um 14 Personen oder 1,4%. Wir freuen uns, dass es erneut zu zwei Vermittlungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt kam und dass der Umfang der Außenarbeitsplätze auf 64 Plätze ausgebaut werden konnte. Dies war keine leichte Aufgabe, da z.B. eine Kompensation für die Plätze in der Außengruppe gefunden werden musste, die von der Schließung des Hewlett-Packard Werkes in Herrenberg betroffen war.

Auch innerhalb der internen Prozesse der GWW konnten zunehmend Menschen mit Behinderung platziert werden, so z.B. in der internen Verwaltung.

Wichtig ist uns ebenso, das Augenmerk auf die Arbeitsplätze zu legen, die dauerhaft im Rahmen der klassischen Werkstatt angesiedelt sind. Sie sind das Rückgrat der produktiven Prozesse und müssen für die Menschen mit Behinderungen eine gelungene Lösung der Teilhabe an Arbeit darstellen.

In den Förderbereichen stand die Weiterentwicklung der Kommunikation im Vordergrund. Es ist uns ein Anliegen, die Möglichkeiten, die Menschen mit Behinderungen mitbringen, innerhalb der GWW zu erkennen, aufzugreifen und über die Lebensspanne hinweg zu erweitern. Im Förderbereich wurde ein Projekt begonnen, das die gute Deckung aller Bedarfe (Eingliederung und Pflege) in den Mittelpunkt stellt. Hier erwarten wir Ende 2011 Ergebnisse.

Im Wohnen hat sich die Belegung im Laufe 2010 über alle Wohnformen hinweg um zwölf Bewohner erweitert. Erfreulicherweise konnten zehn Bewohner ihren Wunsch nach einer ambulanten Wohnlösung umsetzen.

Die Entwicklung der Bewohner im Bereich Ambulant Betreutes Wohnen zeigt aber auch, dass unsere Leistungsbausteine einer ständigen Überprüfung unterliegen müssen. So ist es teilweise nötig, ein Nachtwachenangebot im Ambulant Betreuten Wohnen einzurichten. Allerdings gibt es auch bei einem Teil der Menschen mit Behinderung den Wunsch, in eine stationäre Wohnform zurückzukehren. Dieser Wunsch wird häufig in Verbindung mit dem Prozess des Älterwerdens geäußert.

Intensiv beteiligen sich alle Wohnbereiche an Austausch in die Gemeinde hinein, z.B. in Tauschringen im Rahmen der Ehrenamtlichkeit oder als Mitanbieter bei regionalen Festivitäten.

Alle Leistungsbausteine des Wohnens werden derzeit angesehen (Kurzzeitwohnen, betreutes Wohnen in Familien, ambulante Formen als Einzel-, Paar- oder Gruppenwohnen, stationäre Wohnformen), um den Bedarfslagen der Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen noch stärker entgegenkommen zu können. In gemeinsamen Arbeitskreisen mit Vertretern anderer Einrichtungen in beiden Landkreisen und den Leistungsträgern wird die regionale Angebotsstruktur der Teilhabe fortgeschrieben.

Nach wie vor stellt es sich als schwierig dar, für Personen mit hohem Hilfebedarf eine ambulante Wohnform zu organisieren, da hier die üblichen Sätze und Betreuungsumfänge nicht den individuellen Hilfebedarf abbilden. Wir werden weiterhin darauf drängen, dass auch für diesen Personenkreis, soweit gewünscht, diese ambulanten Formen nicht verschlossen bleiben.

Der Bereich berufliche Bildung hat weniger Teilnehmer als noch im Jahr zuvor. Hier macht sich die Wirkung alternativer Bildungsangebote, wie z.B. der unterstützten Beschäftigung, bemerkbar. Alle Plätze in der unterstützten Beschäftigung im Landkreis Calw und Freudenstadt sind belegt, sodass insgesamt im Bildungsbereich von gleich vielen Teilnehmern wie im Vorjahr ausgegangen werden kann.

Entsprechend dem Selbstverständnis der GWW und der satzungsmäßigen Aufgabenstellung verstehen wir uns nicht ausschließlich als Anbieter von Werkstattplätzen und Plätzen im Berufsbildungsbereich, sondern auch als Anbieter weiterer beruflicher Qualifizierungsmöglichkeiten und Teilhabe.

Vor diesem Hintergrund offerieren wir Leistungen wie unterstützte Beschäftigung oder Wohntraining. Die Leistungsform des persönlichen Budgets kann ebenso ein Mittel für eine individuelle Leistungsbestimmung sein. Auch der baden-württembergische Weg der Kooperativen beruflichen Vorbereitung (KoBV) ist und bleibt neben der unterstützten Beschäftigung Ziel des Leistungsangebotes der GWW.

Im Rahmen der kooperativen beruflichen Vorbereitung spannen Schulvertreter, Integrationsfachdienst und Bildungsanbieter ein Netz, um Menschen mit Behinderung im beruflichen Rahmen zu platzieren. Wie der Name schon sagt, ist die Funktion kooperativ

zu erbringen, und der Entwicklungsstand aller entscheidet über das Gelingen. Die GWW steht bereit, ihren Part innerhalb des Netzwerkes zu leisten.

Erfreulicherweise konnten weitere Teilnehmer der beiden Qualifizierungen Alltagsbetreuer und Lagerlogistik Praktika und Platzierungen vornehmen. Ein Besuch der Sozialministerin des Landes Baden-Württemberg, Frau Dr. Stolz, die sich die Umsetzung der in der GWW entwickelten Qualifikation des Alltagsbetreuers angesehen hat, bestätigte uns in unserer Arbeit. Die ehemaligen Qualifikanten, die zum Teil jetzt Personalmitarbeiter der GWW sind, konnten beeindruckend über Qualifizierung und heutige berufliche Perspektiven Auskunft erteilen.

Zentrale Bedeutung hat die individuelle Begleitplanung. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Unterstützungs- und Förderleistungen bedarfsgerecht und effizient erbracht werden können.

Um passgenaue Platzierungen zu erreichen, ist es notwendig, die Vorstellungen und Wünsche der Betroffenen und deren Zufriedenheit mit der jeweiligen Situation systematisch zu erfassen und zu bewerten. Die hierfür erforderlichen Erhebungsmethoden und Auswertungen sind installiert. Die Ergebnisse lassen erkennen, dass ein hohes Maß an Zufriedenheit erreicht werden konnte.

Positive Entwicklungen konnten wir bei der Gewinnung zusätzlicher ehrenamtlicher Kräfte erreichen, die dazu beitragen, die Integration einzelner betreuter Personen im kommunalen Umfeld besser voranzubringen.

## 2.2 Fertigung

Die Region ist in besonderer Weise von Automobil- und Maschinenbauunternehmen abhängig. Das Jahr 2010 war vom Erstarken der produktiven Tätigkeiten unserer Partner in diesen Industriebereichen geprägt. Die positive Entwicklung der PKW-Absatzzahlen wirkte sich in der GWW auf vorhandene Aufträge aus. Das führte zu einem wieder zufriedenstellenden Beschäftigungsrahmen, leider aber nicht zu vergleichbaren monetären Ergebnissen wie vor der Krise. Die für 2010 geplanten Projekte wie die Montage der Heckscheibe, die JIS-Lieferung des Lufterlasses und der Einstiegschienen des neuen Mercedes CLS wurden erfolgreich umgesetzt und gingen in die Serienfertigung.

Im Segment der Elektrofahrzeuge konnte sich die GWW ebenfalls mit einigen Umfängen platzieren, die zukunftsweisenden Entwicklungen im Feld der alternativen Fahrzeugtechnologie werden uns sicher auch in den kommenden Jahren beschäftigen.

Der Bereich der Completely Knocked Down Verpackung (CKD) für Auslandswerke der Daimler AG konnte weiter ausgebaut werden.

Im Industriekundenbereich wurden durch die Entscheidung, die Vertriebstätigkeit auszubauen, schon erste Erfolge sichtbar. So konnte der Anteil an Umsatz und Wertschöpfung in den Kompetenzfeldern „Gesundheitsbereich, Kleben und Schäumen sowie Umwelt- und Energietechnik“ kontinuierlich ausgebaut werden. Zusätzlich wurde in das neue Kompetenzfeld „Scannen und Archivieren“ investiert. Auch konnte ein Probeauftrag für Behältermanagement begonnen werden, der für bis zu 30 Mitarbeiter verschiedene Tätigkeiten mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad bietet.

Die Anzahl an Kleinaufträgen nahm auch im Berichtsjahr weiter zu, sodass eine durchweg konstante Arbeitsvielfalt geboten war.

Zusätzlich konnten Außenarbeitsplätze, bspw. bei IKEA oder im Gesundheitszentrum in Althengstett eingerichtet werden.

Das bisherige Take Back Center (TBC) wird ab 2011 von einem anderen Unternehmen übernommen, in einer Außengruppe werden aber weiterhin Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Ebenfalls gelang es uns, eine weitere Arbeitsgruppe bei der Fa. Prontor einzurichten. Besonders hat sich die Garten- und Landschaftspflege, vor allem durch die Zusammenarbeit mit den Kommunen, stabilisiert.

Bei der Herstellung der Festzeltgarnituren konnte der Absatz nach dem Ende der Zusammenarbeit mit unserem Kooperationspartner und dem Aufbau eines eigenen Vertriebs gesteigert werden.

Da die Werkstätten eine rechtliche Aufnahmeverpflichtung für anspruchsberechtigte behinderte Menschen haben, stehen sie vor der doppelten Herausforderung, die bestehenden Beschäftigungsumfänge zu sichern und zusätzlich für neu aufzunehmende Beschäftigte entsprechende Umfänge zusätzlich zu akquirieren.

## B. Darstellung der Lage

### 1. Vermögenslage

	2010 T€	2009 T€	Abweichung	
			absolut T€	%
Anlagevermögen	36.742	37.633	- 891	- 2,37
Umlaufvermögen	13.722	12.493	+ 1.229	+ 9,84
Summe Aktiva	50.464	50.126	+ 338	+ 0,67
Eigenkapital inkl. Sonderposten	41.442	40.364	+ 1.078	+ 2,67
Sonstige langfristige Passiva	2.921	3.907	- 986	- 25,24
Sonstige kurzfristige Passiva	6.101	5.855	+ 246	+ 4,20
Summe Passiva	50.464	50.126	+ 338	+ 0,67

Das Anlagevermögen nahm durch die Abschreibungen in Höhe von 3,7 Mio. € ab, die Investitionen lagen mit 3,2 Mio. € unter den Abschreibungen (ohne Einbezug der Sonderposten aus Zuschüssen).

Begonnen wurde der Neubau des Förder- und Betreuungsbereichs Calw und der Bau für die Gestellfertigung in Holzgerlingen, für den geplanten Neubau in Calw. Im Feldle wurde ein Grundstück gekauft, insgesamt wurden für Grundstück und Gebäude ca. 1,6 Mio. € investiert. Für unser Projekt SAP-ERP fielen bislang 0,5 Mio. € an.

Im Bereich der Maschinen und Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde in neue Projekte 0,7 Mio. € investiert. Die Investitionen zum Substanzerhalt und zur Anpassung konnten im notwendigen Umfang durchgeführt werden. Die Erhöhung des Umlaufvermögens ergibt sich durch die Zunahme der liquiden Mittel (1,3 Mio. €), die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen blieben weitgehend auf dem Niveau des Vorjahres.

Das Eigenkapital inkl. Sonderposten hat sich durch die Einstellung des Jahresüberschusses, einer Anpassung nach dem BilMoG und die Auflösung der Sonderposten aus Zuschüssen um 1,1 Mio. € erhöht. Die langfristigen Passiva reduzierten sich gemäß den

geleisteten Darlehenstilgungen und insbesondere durch die Verminderung der Rückstellungen (Altersteilzeit). Des Weiteren wurden Rückstellungen gemäß BilMoG in die Rücklagen umgegliedert. Für strittige Forderungen des Insolvenzverwalters bei RUKU wurde eine Rückstellung von 586 T€ gebildet. Die sonstigen kurzfristigen Passiva haben sich durch eine Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (1 Mio. €) und gleichzeitiger Reduzierung der kurzfristigen Rückstellungen um rund 0,25 Mio. € erhöht.

## 2. Finanzielle Lage

	2010 T€	2009 T€
Anlagendeckung	120,7	117,6
Eigenkapitalquote II	82,1	80,5
Liquidität II	168,5	138,0

Das Anlagevermögen ist durch das Eigen- und langfristige Fremdkapital vollständig gedeckt. Da das Anlagevermögen betragsmäßig zurückgegangen ist und das Eigenkapital, insbesondere durch den Jahresüberschuss gestiegen ist, ergibt sich eine höhere Anlagendeckung. Die Eigenkapitalquote hat ebenfalls zugenommen, da die BilMoG-bedingte Umgliederung von Rückstellungen (T€ 862) in die Rücklagen und die Einstellung des Jahresüberschusses höher waren, als die Zunahme der sonstigen langfristigen und kurzfristigen Passiva. Die Liquidität II hat sich erheblich verbessert, da die liquiden Mittel sich erhöht haben und die kurzfristigen Forderungen und die kurzfristigen Verbindlichkeiten sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert haben.

## Cash flow

	2010 T€	2009 T€
1. Periodenergebnis	+ 946	- 885
2. Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 3.691	+ 3.894
3. Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	+ 20	- 672
4. Auflösung von Sonderposten und sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	- 730	- 736
5. Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	+ 15	+ 48
6. Abnahme/Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 11	+ 483
7. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+ 1.065	- 39
8. Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+ 4.996	+ 2.093

9. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	+	81	+	48
10. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-	2.699	-	1.889
11. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	+	1	+	31
12. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	487	-	19
13. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	+	288		0
14. Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-	2.816	-	1.829
15. Einzahlungen von Zuschüssen für Investitionen in das Anlagevermögen		0	+	99
16. Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten	+	88	+	111
17. Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten und Anleihen	-	244	-	235
18. Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-	156	+	25
19. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	+	2.024	+	239
20. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+	2.393	+	2.154
21. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	+	4.417	+	2.393

### 3. Ertragslage

	2010 T€	2009 T€	Abw. T€	%
Betriebliche Erträge	70.054	58.901	11.154	18,94
Materialaufwand	26.839	19.908	6.931	34,82
Personalaufwand	29.312	27.435	1.877	6,84
Sonstiger betrieblicher Aufwand	12.449	13.044	-594	-4,55
Finanzergebnis/Periodenfremdes Ergebnis	-508	601	-1.109	-184,53
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	946	-885	1.831	206,89

Bei den betrieblichen Erträgen ist die Erholung von der Krise in der Automobilindustrie deutlich sichtbar, gleichzeitig nahmen die Erträge aus Leistungsentgelten im Betreuungsbereich entsprechend der vereinbarten Erhöhungen zu. Der Personalaufwand nahm aufgrund der Zunahme der Belegung, der verbesserten Auftragslage und der Tarifierhöhungen ebenfalls zu. Beim sonstigen betrieblichen Aufwand haben die meisten Aufwandsarten zugenommen, reduziert wurden vor allem im Vergleich zum Vorjahr die Instandhaltungen. Der Rückgang im Bereich der Instandhaltungen ist durch eine im Vorjahr getätigte Zuführung in die Rückstellungen für Instandhaltungen bedingt. Diese wurden im Wesentlichen für Dach- und Fassadensanierung der Werkstatt in Sindelfingen sowie für diverse kleinere, auf Grund der wirtschaftlichen Lage unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen gebildet. Das Jahresergebnis spiegelt die bedingt zufriedenstellende wirtschaftliche Situation im Geschäftsjahr wider.

#### 4. Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen verfügt über ausreichend Personal, das auch unter Beachtung der Werkstättenverordnung und der Heimverordnung über die geforderte Qualifikation verfügt.

Per 31.12.2010 waren bei der GWW 692 (Vorjahr 631) Personen beschäftigt oder in Ausbildung.

Infolge der regionalen Ausrichtung der GWW wurde die Betriebsratsstruktur geändert. Ein Gesamtbetriebsrat ist entstanden, der sich 2010 als handlungsfähige Einheit erwies, sodass lange in Diskussion stehende Themen abgeschlossen werden konnten. Wir freuen uns, dass unter anderem die Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeit ausgehandelt werden konnte.

Entsprechend dem Leitbild der GWW und der geltenden Lohnvereinbarung mit dem Werkstattrat wurden auch die Löhne der Werkstattbeschäftigten in voller Höhe beibehalten. Die Sonderzahlung „Freizeitbeihilfe“ konnte im Berichtsjahr wieder gezahlt werden. Die Lohnhöhe entsprach wieder dem Stand vor der Wirtschaftskrise. Für die vorerhaltene Sonderzahlung des Sommers 2009 haben die Werkstattbeschäftigten das Wort der Geschäftsführung, dass es zu einer nachgeholtten Zahlung kommen wird, wenn sich eine wirtschaftliche Stabilisierung erreichen lässt. Die Rückstellung wird 2011 zur Auszahlung kommen.

Die GWW ist Mitglied bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes (ZVK). Für Altersteilzeit ist eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die auch bei den Rückstellungen berücksichtigt wurde. Die Rückstellungen wurden erstmals durch einen Gutachter nach den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) berechnet.

Mit der Gewerkschaft ver.di ist ein Haustarif abgeschlossen. Die Abschlüsse im öffentlichen Dienst wurden systemgleich wie beim TVÖD im Haustarif umgesetzt.

Besonderer Wert wird neben der laufenden Qualifizierung des Personals auf die Fortbildung der Menschen mit einer Behinderung gelegt. Die Fortbildungsplanung und die Durchführung beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen haben einen guten Standard erreicht.

#### 5. Qualitätsmanagement

Nach wie vor ist die Grundvoraussetzung der Marktpositionierung die Zertifizierung auf der Grundlage von DIN EN ISO 9001:2008 und VDA 6.1:2003. Damit und mit den internen Überwachungs-Audits und KVP-Maßnahmen werden im hohen Maße die Qualitätserwartungen der Kunden erfüllt oder gar übertroffen.

Nicht auszuschließende Restrisiken, wie Produkthaftung oder Betriebsunterbrechung, sind durch entsprechende Versicherungsumfänge abgedeckt.

Im Berichtsjahr wurde zum ersten Mal durch die DQS zertifiziert (Vorjahr TÜV). Auch die Erstzertifizierung nach MAAS-BGW, einem System der BG für Gesundheit und Wohlfahrtspflege zum Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement für Mitarbeiter und Personal, ist im Februar gelungen. An der Erarbeitung und Umsetzung waren sowohl Personalmitarbeiter als auch Menschen mit Behinderung beteiligt. Ziel ist es, die GWW dauerhaft als Unternehmen attraktiv bleiben zu lassen und bevorstehenden längeren Phasen der Berufstätigkeit fachlich richtig zu begegnen. Die konsequente Ausrichtung an diesem neuen System hatte einen Wechsel des Arbeitsmedizinischen Dienstes zur Folge. Zukünftig werden die Belange des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsentwicklung von Personal und Mitarbeitern strategisch geplant und weiterentwickelt werden.

Im Betreuungsbereich werden Auditierungen durch Kollegen aus dem Main-Kinzig-Behindertenwerk durchgeführt.

Durch die Anwendung des GBM-Verfahrens nach Prof. Haisch ist ein zufriedenstellender Standard im Bereich der Begleitplanung etabliert. Durch entsprechende Controllingmaßnahmen wird die Umsetzung der Begleitplanungsaktivitäten abgesichert.

Auch im Jahr 2010 wurden in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsfachkräften und dem TÜV Südwest Sicherheitsbegehungen in den Werkstätten und Wohnstätten sowie Sitzungen mit den regionalen Sicherheitsausschüssen abgehalten.

Auf der Grundlage der von der Gesellschafterversammlung verabschiedeten Leitsätze und Strategien werden jährlich Ziele zwischen Geschäftsführung und Bereichsleitungen vereinbart. Darauf aufbauend wird ein Kennzahlensystem zur Umsetzung der strategischen Ziele erstellt, das neben den traditionellen Controllinginstrumenten eine effektive Steuerung der Einrichtung gewährleistet.

Zur Absicherung ordnungsgemäßer Verwaltung werden regelmäßige interne Revisionen durchgeführt. Die Prüfungsobjekte werden in einem Revisionsplan festgelegt, der von der Geschäftsführung freigegeben wird.

Die Prüfungsergebnisse werden in Revisionsberichten dokumentiert, die den Beteiligten und der Geschäftsführung vorliegen. Festgestellte Abweichungen werden mit den Beteiligten geklärt und die dabei vereinbarten Korrekturmaßnahmen überwacht.

## 6. Umweltschutz

Für den Bereich des Elektronik-Recycling ist die GWW an den Standorten Magstadt und Böblingen als Entsorgungsfachbetrieb gemäß § 52 KrW-/AbfG anerkannt.

Besonderer Wert wird auf die Verwendung von umweltunschädlichen Stoffen und die Abfallvermeidung gelegt.



## C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

### 1. Struktur

Die Gremienstruktur hat das Ziel, bei klaren Zuständigkeits- und Verantwortungsabgrenzungen, kurze Entscheidungswege zu erreichen und eine intensive Abstimmung, insbesondere bei Planungs- und Gestaltungsfragen von Hilfeangeboten mit den behinderten Menschen, ihren Angehörigen und den Interessen vertretenden Vereinen, abzusichern.

Ein Planungs- und Konzeptionsbeirat, dem Fachleute aus Industrie und Wirtschaftsprüfung ebenso angehören wie Vertreter der Leistungsträger und der Werkstatt- und Heimbeiräte, setzt sich mit grundsätzlichen Fragen und Planungen auseinander und gibt entsprechende Empfehlungen gegenüber Geschäftsführung und Gesellschafterversammlung ab.

Regionale Beiräte wurden in den Regionen Sindelfingen, Herrenberg, Calw und Nagold gebildet. Diesen gehören die VertreterInnen der örtlichen Lebenshilfevereinigungen und die VertreterInnen der regional zuständigen Werkstattträger und Heimbeiräte an.

Ziel ist die enge Abstimmung mit den betroffenen Personen und ihren Angehörigen in Bezug auf die Gestaltung und Entwicklung der örtlichen Betreuungs- und Hilfeangebote, die nicht nach träger- oder verbandsspezifischen Konzeptionen ausgerichtet werden sollen, sondern soweit möglich, den Erwartungen und Bedürfnissen der jeweiligen Nutzer entsprechen müssen.

Um mögliche Risiken im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich möglichst gering zu halten, wurde aus dem Leitbild eine Strategie abgeleitet, die für alle handlungsführend ist.

Die geänderten politischen Rahmenbedingungen, die Erwartungen behinderter Menschen an mehr Selbstbestimmtheit und integrierter Teilnahme und die sich verschärfenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen machen es erforderlich, dass die GWW ihre strategische Ausrichtung immer wieder überprüft und definiert.

Die Verfolgung der strategischen Ziele

- ambulant vor stationär
- personenzentriert statt einrichtungsorientiert
- Netzwerkansatz und Gemeindeintegration

werden stringent weiterverfolgt.

Im Jahr 2010 stand der Ruhestand unseres ehemaligen Geschäftsführers Herrn Rainer Knapp an. Dieser Wechsel ist von langer Hand vorbereitet worden. Inzwischen sind die beiden stellvertretenden Geschäftsführungsfunktionen ebenso dauerhaft besetzt.

Auf Grundlage der Erfahrungen der wirtschaftlichen Turbulenzen in der Wirtschaftskrise wurde die Weiterentwicklung der bestehenden Planungssystematik fortgeführt. Während sich die längerfristige Planung auf konzeptionelle und inhaltliche Ansätze, abgeleitet

aus dem Leitbild, bezieht, bildet die Jahresplanung mit der entsprechenden Berichterstattung und Fortschreibung die Entwicklung der operativen Gegebenheiten ab.

Als sinnvolle Ergänzung, insbesondere auch zur Früherkennung möglicher kritischer Entwicklungen, wird zusätzlich eine mittelfristige Planung und ein Trendspeicher implementiert, die die Bewertung strategischer Entscheidungen und deren Auswirkungen sowie die von möglichen Einflussgrößen ermöglichen.

In Fachtagungen, Leitungsklausuren und intensivem Dialog mit Personal und Betriebsrat wird versucht, die Belegschaft in die Entwicklungsprozesse und die Notwendigkeiten mit einzubeziehen.

Nach wie vor ist ein großer Teil der Leitungsverantwortlichen in Verbandsstrukturen auf Regions-, Landes- und Bundesebene involviert, um auch hier auf eine günstige Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Arbeit der GWW Einfluss zu nehmen.

## 2. Fertigung

Ein großes Risiko für das Geschäftsjahr 2011 besteht darin, die Kapazität mit genügend wirtschaftlich sinnvollen Aufträgen mit gleichzeitiger Orientierung an der Bedarfslage unserer Mitarbeiter auszulasten. Möglichkeiten der Anpassung und neuer Aufträge wurden analysiert und teilweise bereits realisiert, sodass für 2011 mit einem vertretbaren positiven Ergebnis gerechnet werden kann.

Problematisch sind auch in diesem Bereich kurzfristige Änderungen, bzw. nicht planbare Schwankungen der vereinbarten Umfänge, die nicht immer zeitnah in den Kapazitätsstrukturen angepasst werden können.

Es ist daher nach wie vor eine zwingende strategische Notwendigkeit, den Bereich Eigenprodukte weiter auszubauen. Mit dem Aufbau der Produktion von Festzeltgarnituren in Holzgerlingen wurde hier ein Schritt in die richtige Richtung getan, allerdings hat die Entwicklung nicht den Erwartungen entsprochen. Es ist daher weiterhin ein primäres Ziel für 2011, die vorhandenen Kapazitäten mit zusätzlichen Umfängen auszulasten und weitere Eigenprodukte oder Fertigprodukte für Handelsbetriebe zu entwickeln bzw. in das Sortiment aufzunehmen.

Wenn bei einer weiteren Zunahme der Belegungszahlen der Werkstätten eine ausreichende Kapazitätsauslastung bei zufriedenstellenden Erträgen erreicht werden soll, müssen dafür intensive Akquisitionsaktivitäten durchgeführt werden, dafür wurden 2010 die Vertriebskapazitäten entsprechend erweitert.

Eine nicht unerhebliche wirtschaftliche Abhängigkeit von den Hauptauftraggebern ist sicherlich vorhanden. Durch verstärkte Strategieabsprachen mit den Hauptauftraggebern soll die längerfristige gute Beschäftigung wieder erreicht werden.

Unsere Kunden können von der GWW folgende Leistungen erwarten:

- Übernahme komplexer Leistungsumfänge einschließlich Disposition, Lagerhaltung und Qualitätssicherung bis hin zum Systemlieferanten
- Standortnähe und flexible Reaktionsmöglichkeiten

- Online-Kommunikation, just-in-time/just-in-sequence-Fertigung (soweit erforderlich)
- Anrechnung von Teilumfängen auf die Ausgleichsabgabe nach § 140 SGB IX, die für die Auftraggeber nicht unerhebliche Vorteile bieten und dazu beitragen Geschäftsbeziehungen langfristig abzusichern.

Um weiterhin den Anforderungen der wichtigsten Auftraggeber entsprechen zu können, wurden die erforderlichen Bedingungen für die zukünftigen logistischen Anforderungen wie just-in-sequence (JIS) und just-in-time (JIT) definiert. Im Folgejahr ist geplant, einen entsprechenden Produktionsstandort für diese Geschäftsumfänge neu anzumieten und dafür andere Standorte zu schließen bzw. zu verkleinern.

Dem Haftungsrisiko aus der Fertigung von Teilen, insbesondere für die Automobilindustrie, wurde durch Abschluss einer Produkthaftpflicht- und Kfz-Rückrufkostenversicherung Rechnung getragen.

### 3. Betreuung und Förderung

Nach wie vor ist es zentrales Anliegen der GWW, Betreuungssituationen zu schaffen und zu organisieren, die den Vorstellungen und Möglichkeiten der jeweiligen Personen entsprechen. Dazu ist es erforderlich, dass regional ausreichend differenzierte und qualifizierte Betreuungsangebote verfügbar sind. Insofern wird sich die GWW in den Bereichen ambulante Wohnformen, unterstützte Beschäftigung, Integrationsfirma, ausgelagerte Einzel- und Gruppenarbeitsplätze, Zugänglichkeit für alle Personengruppen, die regionale Angebote suchen und spezielle Bedarfe haben (z.B. Menschen mit Autismuspektrumsstörungen) auch weiterhin engagieren. Trotz dieser Zielsetzung sind die Betreuungsangebote im stationären Wohnen und der Werkstatt auch weiterhin notwendig. Ihre fachliche Ausgestaltung im Sinne der UN-Konvention gilt es in gleichem Maße im Blick zu behalten.

Es scheint nach wie vor (zumindest offiziell) Konsens zwischen Politik, Fachwelt und Betroffenen zu bestehen, dass behinderte Menschen nicht nur Anspruch auf angemessene Betreuungs- und Versorgungsleistungen haben, sondern insbesondere darauf, soweit möglich ihre eigene Lebenssituation selbst zu gestalten und zu beeinflussen.

Diesen Anspruch versuchen wir in der GWW durch weitgehende Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte behinderter Menschen in ihren Gremien, durch differenzierte und durchlässige Angebote und durch eine mit den Betroffenen abgestimmte individuelle Begleit- und Förderplanung einzulösen.

Mit Sorge sehen wir allerdings die seit Jahren zunehmende Diskussion über die erforderliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe, die beispielsweise von Seiten der Sozialministerkonferenz und der Bundesarbeitsgemeinschaft "Überörtliche Sozialhilfeträger" bzw. in der Gemeindefinanzreform überwiegend unter fiskalischen Aspekten geführt wird. Dabei wird übersehen, dass Kostenreduzierungen, wenn sie nicht zu Lasten der Qualität und der Ansprüche behinderter Menschen gehen sollen, die Folgen guter Konzepte sind und lediglich Kürzungen im bestehenden System nicht nachhaltig wirken werden.

Ein Risiko, sowohl für die Entwicklung der GWW als auch für die Leistungsempfänger, ist in der Vorstellung einzelner Vertreter der Leistungsträger, durch Wettbewerb ohne eindeutige Ausrichtung an qualitativ beschriebenen Kriterien zu reinen Kostenreduzierungen zu kommen.

Die GWW wird sich daher weiterhin auf der verbandspolitischen Ebene für ein Bundesleistungsrecht einsetzen, da es sich bei der notwendigen Unterstützung und Eingliederung behinderter Menschen in unsere Gesellschaft um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die auch nicht dem Nachrangprinzip der Eingliederungshilfe unterliegen darf.

Entgegen diesem Nachrangprinzip, die vor die Inanspruchnahme der Sozialhilfe die Ansprüche gegenüber anderen Kostenträgern stellt, sind die kommunalen Haushalte mittlerweile zu vorrangigen Leistungsträgern geworden. Damit tritt die Eingliederungshilfe zunehmend in Konkurrenz mit anderen bürgerlichen Bedarfen in der Kommune. Der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Eingliederungshilfe würde mit einem Finanzierungsrahmen auf Bundesebene ein besserer Dienst getan.

Mit einem solchen Bundesleistungsrecht wäre auch die immer wieder geforderte, aber trotz aller Gesetzesänderungen nicht erreichte Einheitlichkeit der Zuständigkeit gegeben, was es behinderten Menschen deutlich erleichtern würde, ihre Ansprüche zeitnah und vollständig erfüllt zu bekommen.

Die UN-Konvention zu den Rechten behinderter Menschen wurde von der Fachwelt, von den Angehörigenverbänden und auch von der Politik teilweise euphorisch begrüßt. Insbesondere deshalb, weil der nationale Maßnahmenplan Deutschlands im Frühjahr 2011 eingereicht werden muss, ist das Thema der Sozialpolitik in aller Munde. Der Zeitpunkt, an dem die UN-Konvention Gesetzeskraft erlangte, traf aber zusammen mit der größten Krise, die die Weltwirtschaft seit dem 2. Weltkrieg erlebt hat. Die Begriffe Inklusion, Barrierefreiheit, Selbstbestimmung werden umfangreich diskutiert, der Zielkonflikt zwischen einer am Wettbewerb orientierten Ökonomie und den ethisch idealen Forderungen der Konvention wird dagegen unzureichend thematisiert.

Ausgangspunkt und Maßstab für gelingende Teilhabe und persönliche Lebensgestaltung kann immer nur die betroffene Person selbst sein. Daher ist es erforderlich, die Möglichkeit zur Gestaltung passgenauer personenbezogener Situationen zu verbessern und die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Hilfesystemen zu ermöglichen.

Nach wie vor ist davon auszugehen, dass mittelfristig der Anteil behinderter Menschen, die eine ambulante Betreuung im eigenen Wohnbereich einer stationären Unterbringung vorziehen, zunehmen wird. Es besteht allerdings Konsens dahingehend, dies der Entscheidung der Betroffenen zu überlassen. Die Möglichkeit im ambulanten Wohnen in drei Kategorien der Leistungsfinanzierung die verschieden umfangreichen Bedarfe abdecken zu können, ist sicher hilfreich für den unselektiveren Zugang von Menschen mit Behinderung zu ambulanten Angeboten. Wenn der Zugang zu ambulanten Leistungen aber wirklich unselektiv gegangen werden soll, muss klar sein, dass Personen im hochbedürftigen Bereich deutlich mehr Ressourcen brauchen werden, als es vergleichbar mit einer Gruppenstruktur der Fall ist. Das Procedere des persönlichen Budgets gibt hierfür einen Rechtsrahmen und die GWW kann und wird sich diesen Anforderungen

stellen. Ob sie im Alltagshandeln leistungsträgerseits Umsetzung finden, muss offenbleiben.

Im Berichtsjahr ist es weiterhin gelungen, allen Personen einen Werkstatt- oder Wohnplatz in der GWW anzubieten, für die seitens der Leistungsträger der Hilfebedarf anerkannt und die Kosten übernommen wurden. Allerdings mussten hierzu teilweise zusätzliche Flächen über die im Rahmen der investiven Förderung genehmigten hinaus, angemietet werden. Die GWW hat diese Flächen aus dem Investitionsanteil der Leistungsentgelte oder, soweit es sich um zusätzliche Produktionsflächen handelt, über die Preiskalkulation finanziert.

Um den gesetzlichen Auftrag angemessen zu erfüllen und das Wirtschaftsergebnis absichern zu können, ist es erforderlich, zusätzliches Personal und weitere Sachmittel einzusetzen. Die Aufwendungen hierfür stellen somit, betriebswirtschaftlich betrachtet, einen erforderlichen Aufwand zur Erreichung der Betriebsergebnisse dar, diese Auffassung ist allerdings rechtlich unter Zugrundelegung der Vorschriften des § 41 Abs. 3 und 4 SGB IX und der entsprechenden Regelungen in § 12 der Werkstättenverordnung nicht unumstritten. Insofern besteht hier ein Rechtsrisiko, das ohne entsprechende Gesetzesänderung nicht aufgelöst werden kann. Dieses Beispiel ist ein Aspekt, der deutlich macht, dass die gewollte Lebendigkeit der Entwicklung der Werkstätten zu inklusiven Arbeitsstätten auch rechtlich erhebliche Bedarfe an Entwicklung aufwirft. Nur so kann politisch auch ein eindeutiges Signal an Träger gehen, die sich bewegen wollen.

Für den zunehmenden Platzbedarf für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen für die Teilwerkstatt Calw ist ein neuer Standort erforderlich. Auch hier wurde ein entsprechender Gesellschafterbeschluss gefasst und die Standortfrage entschieden. Bis zum Ende 2011 soll die neue WfbM in Calw fertiggestellt sein.

Weiter wurde begonnen, den Förder- und Betreuungsbereich in Calw bedarfsgerecht zu erweitern. Die Inbetriebnahme ist für Mitte 2011 geplant.

Die von der GWW erbrachten Leistungen, insbesondere im Bereich der beruflichen Förderung und Qualifizierung, der persönlichkeitsfördernden Angebote und der tagesstrukturierenden Maßnahmen, sind in den derzeit vereinbarten Leistungsentgelten nicht voll abgedeckt und können nur wirtschaftlich abgesichert werden, wenn die Wirtschaftlichkeit der Werkstätten gewährleistet ist. Ein Risiko für die Zukunft besteht hier in der nach wie vor vorhandenen bzw. zunehmenden Tendenz des Gesetzgebers und Leistungsträgers, in das Werkstattgeschehen direkt und regulierend einzugreifen und damit den erforderlichen Handlungsspielraum zu beschneiden.

Die Lohnsumme für die Werkstattbeschäftigten und die Durchschnittslöhne sollen noch auf dem für Deutschland weit überdurchschnittlichen Niveau gehalten werden.

Entsprechend dem Anspruch der Gleichwertigkeit aller in der GWW Beschäftigten wird das Risiko fest vereinbarter Lohnzahlungen für die Werkstattbeschäftigten gegenüber ergebnisabhängiger Lohnhöhe bewusst in Kauf genommen, da die ergebnisrelevanten Einflussgrößen von den Werkstattbeschäftigten kaum beeinflusst werden können und somit eine Risikoverlagerung auf diesen Personenkreis, auch hinsichtlich der tariflichen Absicherung des Personals, nicht zu rechtfertigen wäre.

Dieses Risiko wurde bei der Bewertung der Rückstellungen berücksichtigt.

#### 4. Personal und Organisation

Die berufliche Fort- und Weiterbildung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftssicherung und mindert das Risiko, auf sich ändernde Anforderungen von Kundenseite nicht adäquat reagieren zu können.

Mit der Einführung des Bereichs der Organisationsprojekte besteht nun die Möglichkeit, Entwicklungen zu erproben, die den Menschen mit Behinderung in ihren Leistungen zugute kommen können. In zwei ersten Projekten wird einmal der Übergang aus dem Alltagsleben in den Ruhestand in den Blick genommen und zum anderen im Migrationsprojekt das Thema „Kultursensibilität im Unternehmen“ umgesetzt.

In einem aufwändigen Auswahlprozess wurde ein geeigneter Partner für ein IT-System ermittelt, das die Basis für unsere Prozesse, insbesondere im Fertigungsbereich ist. Die Wahl ist auf das Systemhaus All for One gefallen, mit einem zugrundeliegenden System von SAP. Die Einführungsphase des Projektes bis Mitte 2011 erfordert von uns erheblichen Einsatz. Wenn uns allerdings die Realisierung gelungen ist, steuern wir auf eine neue Phase des prozessorientierten Arbeitens zwischen den einzelnen Teilen der GWW und unseren Industriepartnern zu.

Um auch zukünftig die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens abzusichern, ist eine weitere konsequente Verbesserung des Prozessmanagements erforderlich.

#### 5. Recht

Ein Risiko stellt die fortlaufende Diskussion zur Novellierung des Gemeinnützigkeitsrechts auf der politischen Ebene dar. Ein Wegfall der Gemeinnützigkeit und der damit verbundenen Steuerprivilegien wäre mit erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen verbunden. Diese Steuerprivilegien waren und sind politisch gewollt – zur Teilkompensation der Nachteile am Markt durch Beschäftigung leistungsgeminderter Menschen. Wir werden uns daher, auch zusammen mit unseren Verbänden, dafür einsetzen, den jetzigen Status zu erhalten oder ggf. eine entsprechende Kompensation einfordern.

#### D. Weitere Entwicklung / Prognosebericht

Die GWW hat sich auch 2010 durch intensive Personalfortbildung, durch Organisationsentwicklung (insbesondere SAP) und durch das konsequente Einbeziehen aller Begleit- und Betreuungsprozesse in das Qualitätsmanagementsystem – und damit in die Überprüfung durch interne und externe Audits – auf die zukünftigen Entwicklungen vorbereitet. Wir hoffen, dass durch die Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen die Planungssicherheit steigt und der notwendige Gestaltungsspielraum geschaffen wird.

Alle Akteure im Einzugsgebiet der GWW, den Landkreisen Böblingen und Calw sowohl seitens der Kommunalpolitik, der Leistungsträger und der Einrichtungsseite sind sich dahingehend einig, dass der grundsätzliche Bedarf an Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem individuellen Bedarfsdeckungsprinzip trotz knapper Kassen nicht in Frage gestellt werden darf.

Wenn die eingeleiteten Maßnahmen wie erwartet greifen und intensiv an der Weiterentwicklung gearbeitet wird, ist davon auszugehen, dass auch im Geschäftsjahr 2011 die erforderlichen qualifizierten Betreuungs- und Assistenzleistungen für behinderte Menschen auf einem gesunden wirtschaftlichen Fundament erbracht werden können.

Mit den getroffenen Maßnahmen, den strukturellen Anpassungen und der inhaltlichen Ausrichtung sieht die Geschäftsführung die GWW, trotz der nicht zu verkennenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Risiken, auf einem guten und zukunftsfähigen Weg.

Durch die sich abzeichnende Entwicklung im Bereich der Auftragsauslastung rechnen wir wieder mit einem positiven Ergebnis (ca. T€ 500) für 2011, für 2012 gehen wir derzeit von einer weiteren positiven Entwicklung (ca. 1.000 T€) aus.

#### E. Risiken aus Finanzinstrumenten

Risiken im Sinne d. § 289 Abs. 2 Nr.2 HGB liegen im Forderungsbereich im branchenüblichen Maße für Produktions-/Dienstleistungsunternehmen vor.

#### F. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

## 5. Neurologisches Rehabilitationszentrum Quellenhof in Bad Wildbad GmbH

### Allgemeine Angaben

Neurologisches Rehabilitationszentrum Quellenhof  
Kuranlagenallee 2  
75323 Bad Wildbad

Tel.: 07081 173-0  
Fax: 07081 173-230  
E-Mail: [info@quellenhof.de](mailto:info@quellenhof.de)  
Homepage: [www.quellenhof.de](http://www.quellenhof.de)

### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer neurologischen Klinik für Rehabilitation in Bad Wildbad.

### Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.080.000 EUR. Die Geschäftsanteile sind voll einbezahlt und befinden sich im Besitz von

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Sana Kliniken AG, München	593.500	54,95
AMSEL-Förderkreis Ursula-Späth-Stiftung, Stuttgart	291.950	27,03
Dr. Klaus Gottwald, Stuttgart	92.700	8,58
Josef Wund, Friedrichshafen	86.400	8,00
Landkreis Calw	15.450	1,43
Summe	1.080.000	100,00

### Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck beinhaltet die Leistungen im Zusammenhang mit stationären medizinischen Rehabilitationsleistungen nach § 40 Abs. 2 SGB V mit Unterkunft und Verpflegung. Dieser Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit des Neurologischen Rehabilitationszentrums Quellenhof erfüllt.



## Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
<b>A K T I V A</b>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.819	8.853	8.199	8.568
Sachanlagen	697.524	847.580	1.043.448	1.224.786
Anlagevermögen	701.343	856.433	1.051.647	1.233.354
Vorräte	34.600	34.600	34.600	36.180
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.883.683	1.473.600	1.537.932	1.284.913
Flüssige Mittel	783.605	850.569	492.730	661.002
Umlaufvermögen	2.701.888	2.358.770	2.065.261	1.982.095
Rechnungsabgrenzungsposten	738	3.438	6.817	5.032
Aktive latente Steuern	3.049			
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.407.019</b>	<b>3.218.641</b>	<b>3.123.725</b>	<b>3.220.481</b>
<b>P A S S I V A</b>				
Gezeichnetes Kapital	1.080.000	1.080.000	1.030.000	1.030.000
Kapitalrücklagen	3.081.000	3.081.000	2.056.000	700.000
Verlustvortrag	-1.427.995	-1.500.453	-1.628.693	-1.863.184
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	51.251	72.660	128.240	234.491
Eigenkapital	2.784.257	2.733.207	1.585.547	101.307
Zur Durchführung einer Kapital- erhöhung geleistete Einlage	0	0	50.000	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlage- vermögens	47.331	21.452	25.355	38.389
Rückstellungen	405.000	314.500	313.000	361.260
Verbindlichkeiten	168.031	149.482	1.148.243	2.717.525
Rechnungsabgrenzungsposten	2.400	0	1.580	2.000
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.407.019</b>	<b>3.218.641</b>	<b>3.123.725</b>	<b>3.220.481</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	2010 EUR	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Erlöse aus Pflegeleistungen	7.491.242	7.627.043	7.201.289	7.110.993
Erlöse aus Wahlleistungen	613.210	451.552	105.615	112.137
Nutzungsentgelte der Ärzte	66.033	50.067	44.712	42.269
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	22.104	14.158	19.646	13.838
Sonstige betriebliche Erträge	641.496	861.840	1.435.198	1.482.421
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>8.834.084</b>	<b>9.004.660</b>	<b>8.806.460</b>	<b>8.761.659</b>
Personalaufwand	-4.622.133	-4.561.966	-4.449.503	-4.261.919
Materialaufwand	-2.299.516	-2.404.080	-2.242.730	-2.260.016
Zwischensumme	-6.921.650	-6.966.046	-6.692.232	-6.521.935
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>1.912.434</b>	<b>2.038.614</b>	<b>2.114.228</b>	<b>2.239.724</b>
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	29.827			
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aufgrund sonstiger Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.948	3.903	13.034	14.401
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-29.827			
Abschreibungen	-228.724	-229.098	-236.065	-208.370
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.645.419	-1.721.676	-1.687.590	-1.711.566
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>42.239</b>	<b>91.744</b>	<b>203.607</b>	<b>334.189</b>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.078	7.525	14.879	22.648
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-26.264	-83.257	-122.000
<b>Finanzergebnis</b>	<b>6.078</b>	<b>-18.739</b>	<b>-68.378</b>	<b>-99.352</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>48.318</b>	<b>73.005</b>	<b>135.229</b>	<b>234.836</b>
Außerordentliche Erträge	7.000			
Außerordentliche Aufwendungen	-6.000			
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>1.000</b>			
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.251	0	-39.000	0
Sonstige Steuern	-1.317	-345	32.011	-345
<b>Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag</b>	<b>51.251</b>	<b>72.660</b>	<b>128.240</b>	<b>234.491</b>

## Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2010	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	20,59%	26,61%	33,67%	38,30%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	10,50%	3,96%	5,20%	51,21%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	81,72%	84,92%	50,76%	3,15%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	396,99%	319,14%	150,77%	8,21%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	0,63%	0,89%	1,74%	3,23%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	1,84%	2,66%	8,09%	231,46%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	32,19%	14,79%	23,15%	303,13%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	370.475 EUR	303.258 EUR	316.045 EUR	363.361 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	52,55%	51,16%	51,64%	50,49%

## Lagebericht des Neurologischen Rehabilitationszentrums Quellenhof in Bad Wildbad GmbH

### 1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Neurologische Rehabilitationszentrum Quellenhof befindet sich in seinem fünfzehnten Betriebsjahr. Der hohe Kostendruck der Sozialversicherungssysteme hält unvermindert an und verhindert seit Jahren eine angemessene Anhebung der Vergütungssätze. Die Klinik wird von allen Sozialversicherungsträgern belegt, wobei insbesondere der Anteil der Rentenversicherungsträger ansteigt. Der Klinik standen während des gesamten Geschäftsjahres 138 Betten in 120 Zimmern zur Verfügung. Die Marktposition der Klinik ist aufgrund der Profilierung als MS-Kompetenzzentrum unverändert gut. Dies zeigt sich in einem anhaltend hohen MS-Anteil (60,8%). Die Klinik stellt sich mehreren Qualitätssicherungsprogrammen und externen Befragungen, welche den qualitativen Standard und die Entwicklung der Klinik bestätigen – 2011 soll die Rezertifizierung nach KTQ erfolgen.

### 2. Pflegesatzverhandlungen

Im Jahr 2010 konnte nur mit den Rentenversicherungsträgern (DRV) sowie dem Verband der IKK/BKK wurde eine Erhöhung um 1,54% vereinbart werden. Die preisliche Umsetzung erfolgte zum 01.10.2010 und hat eine Laufzeit von einem Jahr. Mit dem Verband der Ersatz-Krankenkassen (VdAK) wurde bereits 2009 mit Wirkung zum

01.01.2010 eine Erhöhung um 1,54% vereinbart. Mit der AOK konnten die Vergütungssätze ebenfalls erst ab 2010 um 1,0% erhöht werden. Weitere Erhöhungen der Vergütungssätze waren nicht möglich. Die bereits vereinbarten Fallpauschalen blieben unverändert.

### 3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

#### 3.1 Ertragslage

Insgesamt ist die Fallzahl – gegenüber dem Vorjahr – leicht gesunken, wobei hierfür ausschließlich die Entwicklung in der Neurologie verantwortlich ist. Die rheumatologisch/orthopädischen Fallzahlen blieben mit 61 Fällen konstant. Die Anzahl an Belegtagen (BT) ist von 43.624 (Vorjahr) auf 43.310 gesunken (-0,7%). Der Umsatzanteil an Fallpauschalen blieb konstant bei 11,0%. Der durchschnittliche Tagesumsatz je Fall in der Neurologie stieg von 173,21 auf 175,17 EUR.

Die Auslastung sank – aufgrund der ganzjährig höheren Kapazitäten – leicht auf 86,7%. Insgesamt waren 2010 durchschnittlich 118,7 Betten (VJ 119,2) belegt. Der Anteil an AHB-Patienten ist bei 52,4% (VJ 52,2%) ebenso leicht angestiegen wie der Anteil an MS-Patienten auf 60,8% (VJ 59,0%). Die durchschnittliche Verweildauer in der Neurologie ist leicht auf 31,7 Tage angestiegen (VJ 30,1).

#### 3.2 Personal- und Sozialbereich

Ursächlich für den relativ geringen Anstieg der Personalaufwendungen um 1,3% sind insbesondere die Vergütungsentwicklungen aus Anwendung des Tarifvertrages der Sana Kliniken AG mit ver.di in sämtlichen nicht-ärztlichen Berufsgruppen, die Auswirkungen des Tarifvertrages zwischen der Sana Kliniken AG und dem Marburger Bund im ärztlichen Dienst sowie die erstmalige Bildung von Rückstellungen für Jubiläen und Sterbegeld. Die Anzahl an beschäftigten Vollkräften hat sich leicht um 0,8 VK erhöht.

#### 3.3 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Trotz leichter Steigerung der Umsatzerlöse (0,5%) bei nahezu unverändertem Personalbestand konnten die Sachkosten gegenüber dem Vorjahr, infolge stringenterer Kostensteuerung, gesenkt werden. So haben sich z.B. die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 74 (davon Gebäudereinigung TEUR 40), der Verwaltungsbedarf um ca. TEUR 14 und die Instandhaltungsaufwendungen um ca. TEUR 26 reduziert.

#### 3.4 Investitionstätigkeit

Im Rahmen der laufenden Investitionstätigkeit wurden Investitionen in Höhe von TEUR 73,6 getätigt, insbesondere für Maßnahmen im Patienten-/Therapiebereich und Ersatzbeschaffungen in der EDV. Die Investitionszugänge wurden – wie in der Investitionsplanung vorgesehen – abgewickelt und über Eigenmittel finanziert.

### 3.5 Finanz- und Vermögenslage

Die im Jahr 2009 durchgeführten Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals haben, wie beabsichtigt, zu einer Verbesserung der Finanzergebnisse der Gesellschaft geführt. Die Liquiditätsentwicklung verlief stabil. Die Liquidität der Gesellschaft war stets gesichert.

### 4. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von wesentlicher Bedeutung bekannt geworden.

### 5. Risikobericht

Die Entwicklung von Fallzahlen, Verweildauern, Verhältnis der Phasen im Jahre 2010 zeigt, dass trotz Einführung eines gesetzlichen Anspruchs vor allem die Krankenkassen dieses Segment ihres Leistungsangebotes dazu nutzen, um Einsparungen vorzunehmen. Dies birgt das Risiko, dass bei nur schwacher Preisentwicklung oder gar Stagnation und der Tendenz zu immer pflegebedürftigeren Patienten der Kostendeckungsgrad bestenfalls im Niveau verlagert wird. Die Klinik reagiert darauf mit verstärkter Zusammenarbeit mit Kostenträgern, die solche Mittel nicht einsetzen.

Darüber hinaus hat die Sana Kliniken AG zur frühzeitigen Erkennung von bestandsgefährdenden Risiken konzernweit bei allen Tochtergesellschaften ein ganzheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet, das sowohl die frühzeitige Identifikation und Analyse von Risiken als auch die Ergreifung entsprechender Steuerungsmaßnahmen ermöglicht. Die in der Risikomanagement-Software erfassten Risikomanagement-Informationen werden regelmäßig an den Vorstand der Sana Kliniken AG berichtet. Daneben besteht für wesentliche Risiken eine verpflichtende Ad-hoc-Berichterstattung der Tochtergesellschaften an den Vorstand der Sana Kliniken AG.

Aktuell wird das Risiko, dass einzelne Kostenträger die Klinik nicht mehr belegen, weil sie günstigere Anbieter finden, mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 5%, als größtes Risiko gesehen. Das Risiko, dass sich das Phasenverhältnis (Klassifizierung des Schweregrads der Leistungserstellung im Reha-Bereich) durch den Druck der Kostenträger nachteilig verschiebt, wodurch sich der Umsatz je Patient und Tag reduziert, hat sich leicht reduziert – ist aber latent vorhanden. In allen Fällen sind Gegenmaßnahmen eingeleitet.

### 6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet eine weiter steigende Nachfrage in der Phase C und C+, während im Bereich der Phase D eher mit einem Nachfragerückgang gerechnet wird, und zwar weniger durch vermehrte ambulante Leistungsangebote, die für die meisten der jetzigen Patienten keine Alternative darstellen, sondern vielmehr durch restriktive Vorgehensweise der Kostenträger bei der Erteilung und Befristung von Kostenzusagen.

Die Geschäftsführung und ärztliche Leitung sieht Wachstumschancen durch

- Kompetenz- und Qualitätsführerschaft im MS-Bereich bzw. Kompetenzzuwachs in den Indikationen Schlaganfall (incl. Phase B-Zulassung) und Post Polio
- Ausbau der regionalen und überregionalen Zusammenarbeit mit Krankenhäusern und Selbsthilfegruppen
- Fortsetzung der Image- und Markenpflege.

Davon unabhängig wird unverändert auch in der Zukunft eine Anhebung der Vergütungssätze angestrebt.

Bad Wildbad, den 12. Februar 2011

(gez.)  
Carsten Dürr  
Geschäftsführer

## C. Anhang

### Feedback – Bogen

Um den Beteiligungsbericht des Landkreises Calw in Zukunft noch mehr an dem unterschiedlichen Informationsbedarf der Zielgruppen ausrichten und so weiter optimieren zu können, ist die Kreisverwaltung Calw auf Ihre Rückmeldung in Form von Anregungen und Änderungswünschen angewiesen. Aus diesem Grund möchten wir Sie auf diesem Wege bitten, uns Ihre Meinung über den Beteiligungsbericht 2011 mit Hilfe dieses Feedback-Bogens mitzuteilen.

Welcher Zielgruppe gehören Sie an?

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Kreistag                         | <input type="checkbox"/> Mitarbeiter anderer Verwaltungen |
| <input type="checkbox"/> Einwohner des Landkreises Calw   | <input type="checkbox"/> Beteiligungsunternehmen          |
| <input type="checkbox"/> Mitarbeiter des Landkreises Calw | <input type="checkbox"/> anderer Personenkreis .....      |

Wie würden Sie den Beteiligungsbericht beurteilen (Bewertung nach Schulnoten)

- sehr gut    gut    befriedigend    ausreichend    mangelhaft    ungenügend

Erhalten Sie durch den Beteiligungsbericht die Informationen, die Sie wünschen bzw. benötigen, um sich einen Überblick über das jeweilige Unternehmen machen zu können?

- ja    nur teilweise    nein

Wenn nein, welche zusätzlichen Informationen würden Sie sich wünschen bzw. was vermissen Sie?

.....  
.....  
.....  
.....  
.....

Welche Angaben halten Sie für überflüssig?

.....  
.....

Wie beurteilen Sie die Menge der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen?

- zuviel    genau richtig    zu wenig

Welche weiteren Verbesserungsvorschläge bzw. Kritikpunkte haben Sie?

.....  
.....

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Bitte zurück an  
Landratsamt Calw  
Abteilung Finanzen  
Carmen Lörcher  
Vogteistraße 42 – 46  
75365 Calw  
Tel: 07051/160 113  
Fax: 07051/795 113  
Email: [Carmen.Loercher@kreis-calw.de](mailto:Carmen.Loercher@kreis-calw.de)